





I EDITORIAL

I SCHWERPUNKT

- Das Verbandsmagazin im Wandel der Jahre
- Liebe Abgeordnete, was haltet ihr von uns?
- Unsere Abteilungen im Paritätischen
- Parität in Zahlen
- Wer kennt den Paritätischen?
- Der Paritätische
Spiegelbild bürgerschaftlichen Engagements
- Interview mit Josef Schädle
- Der Paritätische Armutsbericht und seine Geschichte
- Der Verband und seine Häuser
- Parität Aktiv. Ein paar Eindrücke aus den letzten,
besonders aktiven Jahren
- Kinder von Moria
- Drei Fragen an Tim Ellmer
- Unser Paritätisches Alphabet
- Deutsche Fernsehlotterie
- Wohlfahrtsmarken/UNION-Versicherung
- Unsere Paritätischen Landesverbände

3 I SOZIALPOLITIK

- Vermischtes 29
- 4 Sind die Kindertageseinrichtungen schon winterfest? 31
- 6 I VERBANDSRUNDSCHAU**
- 8 Digitale Transformation in der Wohlfahrtspflege
/Frisch gedruckt 32
- 11 Für die Unterbringung der Moria-Flüchtlinge!
/Frisch gedruckt 33
- 12 Paritätische (Online-)Termine 34
- 13 Einkaufsvorteile nutzen/Impressum 35

- 17
- 18
- 19
- 20
- 23
- 24
- 26
- 27
- 28

**NICHT NUR GEDRUCKT
SONDERN AUCH UNTER
FACEBOOK.COM/PARITAET
BEI TWITTER UNTER @PARITAET
BEI INSTAGRAM ALS PARITAET**



Dieses Magazin kann als barrierefreie pdf-Datei
im Internet heruntergeladen werden:
www.paritaet.org

LIEBE LESER*INNEN,

mit dieser Ausgabe des Verbandsmagazins wollen wir den Blick einmal nach innen richten: in den Paritätischen selbst. Wir zeigen, welche Themen uns bewegen, wie wir arbeiten und was wir unseren Mitgliedern bieten. Dabei geht es über die Vorstellung von einzelnen Abteilungen über Fachpolitiken bis hin zu Dienstleistungsangeboten. Wir haben auch Politiker*innen gefragt, welches Bild sie vom Paritätischen haben.

96 Jahre nach der Gründung ist der Paritätische ein starker und vielseitiger Verband mit über 10.700 Mitgliedsorganisationen. Der Gesamtverband zählt die 15 Landesverbände und 147 überregionale Mitgliedsorganisationen als Mitglieder. Für die Arbeit des Paritätischen und seiner Mitglieder ist auf allen Feldern der Wohlfahrtspflege die Werteorientierung fundamental: bei der Arbeit in der Pflege, mit Migrant*innen, in der Kinder-, Jugend- und Gesundheitsarbeit, in der Bildung und mit behinderten Menschen, in der Gefährdeten- und Straffälligenhilfe, in Frauenhäusern und so weiter. Es geht immer um ein Gemeinsames: um das gute Zusammenleben aller Menschen, um Hilfe zur Selbsthilfe, um Selbstbefähigung, um die Überwindung von Hindernissen, die diesen Zielen entgegenstehen, um die Verringerung sozial bedingter Ungleichheit und um die Ermöglichung von Teilhabe – physische, psychische, soziale, materielle Teilhabe. Letztlich geht es um die Förderung von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Im Arbeitsalltag ist es oftmals eine Herausforderung, bei knappen Ressourcen und hoher Arbeitslast Werte, Fachlichkeit und Effizienz miteinander zu vereinbaren. Die Gründe dafür sind vielseitig und müssen bearbeitet werden. Das wird desto besser gelingen, je stärker wir diese Werte als Grundlage nicht nur unserer Arbeit, sondern für das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt offensiv betonen und einfordern und damit zugleich die Stärke des Paritätischen als wesentlichen Akteur der Freien Wohlfahrtspflege hervorheben. Deshalb muss soziale Arbeit, müssen wir, auch öffentlich benennen, dass ein großer Teil der bearbeiteten Probleme ihre Verursachung in der wachsenden Spreizung von Einkommen und Teilhabechancen, in der Schere zwischen Arm und Reich hat. Soziale Arbeit ist befugt und meines Erachtens auch verpflichtet zu zeigen, wie Ungleichheit wirkt und durch welche Maßnahmen dieses Dilemma zumindest verkleinert werden könnte. Darum ist die Armutsberichtserstattung durch den Armutsbericht u.a. ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit.

Um mit breiter Wirkung in der Gesellschaft und für die Bekämpfung von Ungleichheit wirksam zu werden, braucht es Bündnispartner. Deshalb engagieren wir uns u.a. mit vielen Partnern im Bündnis #Unteilbar für eine offene Gesellschaft und gegen Rassismus, mit Kinderschutzbund und vielen weiteren gegen Kinderarmut oder zusammen mit dem BUND und anderen Organisationen für eine sozial-ökologische Transformation.

Gegenüber der Politik und Öffentlichkeit ist die soziale und wertebasierte Innovationskraft der freien Wohlfahrtspflege zu betonen. Innovationen der sozialen Arbeit als Antwort auf soziale Herausforderungen entstanden und entstehen vor allem in der praktischen Arbeit unserer Mitglieder. Die Gemeinnützigkeit und das damit verbundene Verbot der Gewinnentnahme sind das zentrale Wesensmerkmal, das garantiert, dass die Lösungen und sozialen Innovationen, die von der Freien Wohlfahrtspflege ausgehen, ausschließlich unseren Klient*innen und der Förderung des Allgemeinwohls dienen.

Herzlich, Ihr Rolf Rosenbrock



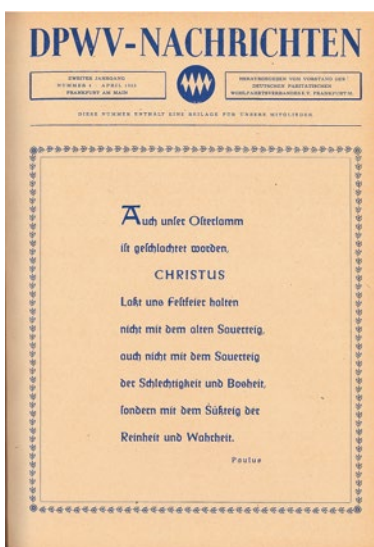

Professor Dr. Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

DAS VERBANDSMAGAZIN IM WANDEL DER JAHRE

Mit diesem Heft geht eine Ära zu Ende. Seit 1951 erscheint das Magazin des Paritätischen Gesamtverbandes als Mitgliederzeitung. Die vorliegende Ausgabe ist die vorerst letzte, die in gedruckter Fassung erscheint. Ab 2021 wird unser Magazin zwar weiter erscheinen, aber nur noch digital und mit dem Relaunch der neuen Webseite Mitte kommenden Jahres in einem ganz modernen Design.

Wir wollen diesen Anlass nutzen, um einmal durch unsere bisherigen Hefte aus sieben Jahrzehnten zu blättern und einen kleinen Rückblick zu gestalten. Viel hat sich über die Jahre immer wieder geändert in Design, Themen, Umfang und sogar Namensgebung des Magazins und wird sich auch zukünftig ändern. Der nächste große Schritt wird die Digitalisierung unseres Verbandsmagazins sein.

APRIL 1952



Ungewöhnlich für einen überkonfessionellen Wohlfahrtsverband machte das Magazin zu Ostern mit einem Bibelvers aus dem Korintherbrief auf. Vor dem Hintergrund, dass über 95 Prozent der (West-)Deutschen Anfang der fünfziger Jahre einer der beiden christlichen Kirchen angehörten, dann doch nicht so ungewöhnlich. Einleitend lobte Gerda von Craushaar, die Leiterin der Centrale für die Fürsorge, die Rolle der Hauspflegerin, welche Familien in Not unterstützte. Diese Not konnte in der noch stark vom Patriarchat geprägten Gesellschaft die Berufstätigkeit der Tochter sein, durch die diese sich nicht mehr um den Haushalt der Eltern kümmern konnte. Der Beruf wurde selbstverständlich noch nicht gegendert und im Text wurde deutlich, dass er auch

damals nur von Frauen ausgeführt wurde. Gute Nachrichten gab es auch für alle Rentner*innen: Wenn sie 25 Jahre in die Pensionskasse der Freien Wohlfahrtspflege eingezahlt hatten, konnten sie sich über 100 DM Rente im Monat zusätzlich freuen.

JANUAR/FEBRUAR 1968

Noch recht schlicht, aber bereits mit farbigem Titel begann das sagenumwobene Jahr 1968 mit den „DPWV-Nachrichten“. Die gesellschaftlichen Umwälzungen zeigen sich auch bereits in dieser Ausgabe. Ein Vertreter von pro familia sprach sich deutlich für Verhütung sowie das Selbstbestimmungsrecht der Frau aus. Ein Text, der 42 Jahre später leider wieder Aktualität besitzt. Auch heute antikiert wirkende Paragraphen wie das sogenannte „Unehelichenrecht“ wurden thematisiert und es wurde begrüßt, dass sog. ehelich und unehelich geborene Kinder (letztere machten etwa fünf Prozent aus) nun rechtlich gleichgestellt werden konnten. So ganz ist die Emanzipation aber noch nicht in der Wohlfahrt angekommen. Auf der letzten Seite sucht ein „Sozialarbeiter, 46 Jahre“ eine neue Stelle als Heimleiter und wirbt mit dem Satz: „Die Ehefrau ist zur Mitarbeit bereit.“



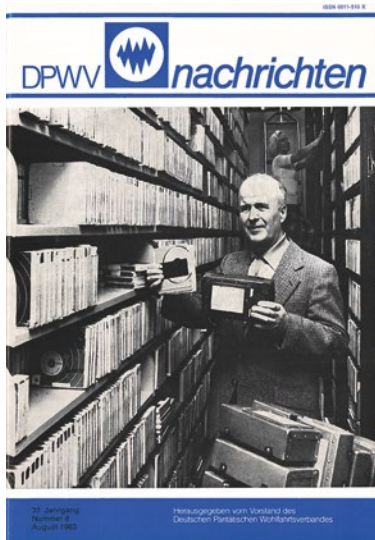
APRIL 1976



Immer noch in schwarz, weiß und blau präsentiert sich das Titelbild Mitte der Siebziger. Zwei pfiffige Comic-Kids freuen sich, dass Mutti nach dem Besuch des Müttergenesungswerkes wieder Bäume ausreißen könnte und präsentieren selbigen als Beleg. Auch im Inneren wird ein anderer Ton angeschlagen. Wo der Einleitungstext zuvor noch großlos begann und streng mit „Die Schriftleitung“ schloss, eröffnete man in den Siebzigern bereits mit „Hallo Freunde!“ und nutzte das vertraute Du. Diskussionsbeiträge gab es auch noch 1976, wie den Aufsatz „Freizeit in den Sozialen Diensten – Aufgabe oder modisches Gerede?“ Der Autor kam zum Schluss: Mitnichten Mode, auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf eine ausfüllende Freizeitgestaltung.

AUGUST 1983

Technische Innovationen halten auch in die Wohlfahrt Einzug: Auf dem Titelbild hält Dr. Rudolf Nicolussi Tonträger der von ihm geleiteten „Norddeutschen Blindenbücherei“ in die Kamera. Während heute Hörbücher auf dem Smartphone im Alltag jede längere Fahrt interessanter gestalten, waren vorgelesene Bücher 1983 noch ein spezielles Angebot für blinde Menschen, die diese in einer der acht Tonbandbüchereien ausleihen konnten. Das große Thema dieser Ausgabe waren darüber hinaus Geburtsvorbereitungen. Was bereits in den zwanziger Jahren in den USA zum medizinischen Standard gehörte und staatlich gefördert wurde, sollte auch zunehmend in Deutschland Einzug halten. Die Geburtsvorbereitung und die Ausbildung qualifizierter Geburtshelferinnen und Hebammen (auch hier offenbar noch Frauenarbeit) sollte die hohe Säuglingssterblichkeit senken. Mitte der Siebziger lag sie selbst in Deutschland noch bei über 20 Prozent.



SOMMER 2003

Die ersten ahnten bereits, dass der von SPD und Grünen durchgeführte radikale Umbau des Sozialsystems durch die Agenda-Gesetze mit großen Nachteilen für die Betroffenen einhergehen könnten. Ein Artikel von Karl-Heinz Theußlen, dem Bundeskoordinator Jugendsozialarbeit, wirkte in dieser Ausgabe wie eine Prophezeiung. Schon damals sah er den „Kahlschlag ohne Alternative.“ So betitelte er seinen Artikel und forderte ein Überdenken der Maßnahmen. Dazu berichteten zahlreiche Bildungsträger in dieser Ausgabe, welche negativen Auswirkungen die geplanten Reformen für sie haben würden. Die meisten waren sich einig: Nichts Gutes.



JUNI 1990



Die DPWV-Nachrichten heißen inzwischen „nachrichten PARITÄT.“ Und auch sonst hat sich wieder eine Menge geändert. Die DDR ist Geschichte, aber die Menschen, die dort in der Wohlfahrt gearbeitet haben, machen natürlich im wiedervereinigten Deutschland weiter. In der Ausgabe wird berichtet über die „Gründungserklärung“ verschiedenster Organisationen wie der Aids-Hilfe DDR, dem ASB, dem VdK oder dem Guttemplerorden, die sich

in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Auch neue ethische Entwicklungen spielen eine Rolle in diesem Heft: Es wurde über die neuesten Möglichkeiten und Gefahren der Reproduktionsmedizin diskutiert – eine Diskussion, die heute auch noch unter dem Stichwort „Designerbabys“ weiter aktuell ist.

FRÜHJAHR 2017



Und schon wieder eine Namensänderung. Seit zehn Jahren schon gibt es ein neues Logo, das Magazin heißt inzwischen einfach nur „Der Paritätische“ und tut es bis heute. Das Jahr 2017 war schwerpunktmäßig geprägt von der Bundestagswahl. Dementsprechend formulierten in dieser speziellen Ausgabe Parität*innen ihre Forderungen an die kommende Bundesregierung und trafen Vertreter*innen der damals fünf im Bundestag vertretenen Parteien. Die AfD wurde nur kurz am Rande erwähnt. Obwohl erst drei Jahre alt, liest sich diese Ausgabe wie aus einer anderen Epoche, ohne Rechtspopulist*innen und Rechtsradikale im Bundestag. Der Herausforderung, mit der seitdem gewachsenen Präsenz rechter Akteur*innen in Parlamenten umzugehen, muss sich der Paritätische leider immer öfter stellen.

WEITERE INFORMATIONEN

Auch in Zukunft keine Ausgabe verpassen?
Jetzt unser Verbandsmagazin digital abonnieren, schreiben Sie einfach eine Mail an redaktion@paritaet.org.

LIEBE ABGEORDNETE, WAS HALTET IHR VON UNS?

Ständig stehen wir im Austausch mit Politiker*innen, um unsere Positionen zu Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik in die einzelnen Parteien und Fraktionen zu tragen. Daher haben wir Abgeordnete der demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag gefragt: Was verbinden Sie mit dem Paritätischen?

PETER WEISS (CDU/CSU)

Als Sozialpolitiker ist es eine besondere Aufgabe, bei der Gestaltung des Sozialrechts mitzuwirken. Diese Mitwirkung lebt auch von der Arbeit der sozialen Verbände. Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist hier ein wertvoller Impulsgeber. Mit vielen seiner über 10.000 Mitglieder und Verbände, die die ganze bunte Vielfalt der Wohlfahrtspflege in Deutschland abdecken, stehe ich im persönlichen Kontakt. Viele Impulse des Paritätischen haben schon in der politischen Arbeit Berücksichtigung gefunden und sind so in Gesetze eingeflossen. Ein gutes Beispiel ist das Bundesteilhabegesetz. Der Paritätische versteht sich zu Recht als Anwalt der Schwachen. Unser Staat leistet auch für diese Menschen sehr viel.



Dort wo der Einsatz des Staates an die Grenzen des Machbaren stößt, ist ehrenamtliches Engagement gefragt. Jedes Jahr leisten mehr als 13.000 Freiwillige ein FSJ oder einen BFD bei den Paritätischen Freiwilligendienstträgern. Das verdient besondere Anerkennung.

Gerade in unsicheren Zeiten haben wir gemerkt, wie wichtig die ehrenamtlichen und sozialen Strukturen der Verbände sind. Oft sind sie vor Ort Helfer in der Not und halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie sind ein unverzichtbarer Teil unseres Sozialstaats, weil sie mit ihren Angeboten ganz wesentlich zur gesellschaftlichen Integration benachteiligter Gruppen beitragen. Besonders hervorzuheben ist das Engagement des Paritätischen in der Al-

tenhilfe, Behindertenhilfe und der Pflege. Hier stehen wir gerade in Corona-Zeiten vor besonderen Herausforderungen, denen sich die Politik mit vielfältigen Hilfsmaßnahmen für die soziale Infrastruktur gestellt hat. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft und die Unterstützung schwacher Personengruppen eint uns als gemeinsames Ziel.

Peter Weiß ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

KERSTIN TACK (SPD)



Wer gute Politik machen möchte, braucht Erfahrungen aus der Praxis. Der Paritätische ist breit aufgestellt und verfügt über eine hohe Expertise. Er bringt sich oft kritisch aber immer konstruktiv in den Gesetzgebungsprozess ein und prägt so die deutsche Sozialpolitik. Als Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist die Zusammenarbeit mit dem Paritätischen demnach sehr wertvoll für meine politische Arbeit.

Besonders prägnant und positiv bleibt mir die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Landesverband zum Bundesteilhabegesetz im Kopf. Als hannoversche Bundestagsabgeordnete habe ich zum Landesverband einen besonders engen Draht, vor allem zur Vorsitzenden, Birgit Eckhardt. Im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes verbessern wir die Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft. Das ist eines der größten Gesetzesvorhaben in der letzten Legislaturperiode.

Auch im Rahmen des Teilhabechancengesetzes erinnere ich mich zum Paragraphen 16i an eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Gesamtverband. Langzeitarbeitslose zurück ins Berufsleben zu bringen – das war unser Ziel und das haben wir erreicht.

Natürlich endet die Arbeit an einem Gesetz nicht, wenn es verabschiedet wird. Auch zu Gesetzesänderungen gibt der Paritätische aktiv Stellungnahmen ab. In diesem Sinne freue ich mich auf eine weitere produktive Zusammenarbeit.

Kerstin Tack ist Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Kerstin Tack ist Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

BEATE MÜLLER-GEMMEKE (GRÜNE)

Für mich sind der Paritätische und seine engagierten Vertreter*innen eine beständige Begleitung meiner beruflichen Laufbahn. In meinem früheren Leben als selbstständige Sozialpädagogin habe ich die unterschiedlichsten ESF-Projekte in Baden-Württemberg entwickelt und begleitet. Als Honorarkraft beim Paritätischen habe ich das Schulungsprogramm „EPM – ESF-Projekte managen



– Erfolg sichern“ mit angeschoben und die ersten Angebote mit entwickelt, um Träger im Umgang mit dem ESF fit zu machen.

Das hat mir nicht nur viel Spaß gemacht, sondern es hat mich inhaltlich auch weitergebracht. Vor allem aber hat sich EPM als sinnvolles und gern genutztes Angebot etabliert.

Heute als Abgeordnete im Bundestag bin ich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik treu geblieben und kann mich auf Praxiseinblicke, professionelle Sachverständige in öffentlichen Anhörungen, Hinweise auf Leerstellen in unseren Konzepten, aber auch auf unterstützende Kommentare aus den Reihen des Paritätischen verlassen.

Der Paritätische Gesamtverband bereichert uns – die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen – auch in unserem Gewerkschafts- und Sozialbeirat. Hier diskutieren wir Zukunftsfragen, stellen grüne Programmatik zur Diskussion und erhalten vom Beiratsmitglied Ulrich Schneider klare und inspirierende Ansagen. Danke also für die engagierte, immer auch (medial) präzise und vor allem inhaltlich kompetente Arbeit. Wir brauchen diese wichtige Stimme und den beharrlichen Einsatz für soziale Gerechtigkeit!

Beate Müller-Gemmeke ist Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

JOHANNES VOGEL (FDP)

So richtig in Kontakt gekommen bin ich mit „dem Paritätischen“ ab dem Jahr 2009. Als junger Bundestagsabgeordneter mit Schwerpunkt Arbeit und Soziales habe ich damals zu vielen Organisationen und Gesprächspartnern Kontakt gesucht, um zu lernen. Um die Meinungsvielfalt in diesem Politikbereich kennen zu lernen, eigene Ideen austesten zu können



und Leute zu finden, auf deren fachliche Einschätzung man sich inhaltlich verlassen konnte. Das galt dann damals auch für die Vertreterinnen und Vertreter des Paritätischen. Ebenfalls schon damals hat Ulrich Schneider den Verband geprägt und die Verbandsinteressen seither immer mit großem Einsatz im politischen Berlin vertreten, wobei er manchmal auch gar nicht falsch liegt.

Am Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband gefällt mir die grundsätzliche Idee, dass Wohlfahrt in einer Gesellschaft das Werk der Vielen ist und nicht einfach die behördliche Umsetzung

eines staatlichen Programms. Die dezentrale und vielfältige Kreativität der freien Wohlfahrtseinrichtungen erscheint mir unersetzlich, wenn es darum geht, Menschen in unserer Gesellschaft zu helfen, die es ohne Hilfe sehr viel schwerer hätten. Dafür möchte ich dem Verband und seinen Mitgliedern herzlich danken. Etwas Entwicklungspotenzial beim Verband und seiner jüngeren Positionierung sehe ich bei der Frage, ob sozialpolitisch viel auch immer gleich viel helfe. Das ist vielleicht zu viel verlangt von einem Interessenverband, aber Fördern und Fordern ist auch hier der richtige Weg.

Johannes Vogel ist Arbeitsmarkt- und rentenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

KATJA KIPPING (LINKE)



Wenn in der Öffentlichkeit Sozial- und Gesundheitspolitisches verhandelt wird, kann man sicher sein, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband unüberhörbar seine Stimme erhebt. Als Dachverband von über 10.000 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich verfügt er über eine große Kompetenz, um fundiert Expertise und politische Forderung zu verbinden.

Mich persönlich verbindet mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband sein unbeugsames Eintreten für die Rechte derjenigen, die in dieser Gesellschaft zu wenig Beachtung finden, die in sozialer Not leben oder individuelle Beeinträchtigungen erleiden - und von daher auf Unterstützung angewiesen sind. Dass man dabei auch für manche politischen Kräfte unbequem werden kann, liegt in der Natur der Sache.

Sei es beim Einsatz für Sanktionsfreiheit, sei es beim Nachweisen, dass die Bundesregierung die Hartz-IV-Regelsätze kleinrechnet, beim Kampf gegen Kinderarmut, bei Aufrufen für Demonstrationen wie Unteilbar – überall ist der Paritätische aktiv. Erst neulich waren wir uns bei einem Spitzengespräch einig: Uns stehen harte Verteilungskämpfe bevor, und darin müssen wir zusammen mit anderen dafür eintreten, dass die Kosten der Coronakrise nicht auf die Ärmsten oder diejenigen, die den Laden am Laufen halten, abgewälzt werden, sondern durch eine stärkere Besteuerung von Millionengewinnen, Millionenerbschaften und Millionenvermögen.

Respekt gebührt allen, die in den Organisationen und Einrichtungen unter dem Dach des Paritätischen tätig sind, die sich sozial und politisch engagieren.

Katja Kipping ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

DAS ALTERNATIVE ORGANIGRAMM

UNSERE ABTEILUNGEN IM PARITÄTISCHEN

Sieben Abteilungen hat der Gesamtverband neben dem fachübergreifenden Stab. Doch wofür genau sind diese eigentlich zuständig? Wir haben alle Leiter*innen gebeten, kurz und knapp ihre Abteilung vorzustellen...

FINANZEN UND VERWALTUNG

Soziale Arbeit im Paritätischen ist auf eine verlässliche Finanzierung ihrer Arbeit angewiesen. Die Abteilung „Finanzen und Verwaltung“ unterstützt bei der Mittelbeschaffung, beim Einkauf und im Qualitätsmanagement. Sie stellt darüber hinaus sicher, dass die Mitarbeitenden des Gesamtverbandes ihre fachliche Arbeit leisten können, indem z. B. eine funktionale digitale Infrastruktur vorgehalten wird, die Information, Beratung und Qualifizierung durch die Fachabteilungen ermöglicht.

In der Mittelbeschaffung begleitet und berät die Abteilung Antragsanliegen auf Förderung aus Mitteln des Bundes und bundesweit tätigen Förderorganisationen für die ihnen angeschlossenen Mitgliedsorganisationen. 2019 konnten für über 3.000 Mitgliedsorganisationen insgesamt rd. € 85 Mio. an Fördermittel z. B. im BFD, FSJ, MBE, Revolvingfonds, der Aktion Mensch, dem Deutschen Hilfswerk, der GlücksSpirale, der Aktion Deutschland Hilft oder der Stiftung Jugendmarke akquiriert werden.

Als Dach von 10.700 selbständigen Organisationen ist es dem Paritätischen möglich, gemeinsame Interessen gegenüber Unternehmen zu formulieren. Über 170 Firmen haben deshalb Rahmenverträge mit dem Gesamtverband vereinbart, die Paritätischen Mitgliedsorganisationen den preiswerten Einkauf von Produkten und Dienstleistungen bundesweit möglich machen.

Eine qualitativ verlässliche und klientenorientierte Arbeit trotz unterschiedlicher fachlicher Ansätze auf ein gemeinsames Profil zusammenzubringen und weiterzuentwickeln, dies hat sich die Paritätische Qualitätsgemeinschaft Bund als Zusammenschluss der Paritätischen Landesverbände mit dem Gesamtverband zur Aufgabe gemacht. Dazu entwickelt das Zentrum für Qualität und Management kontinuierlich das verbandseigene System PQ-System[®] weiter und schult Mitarbeitende im Paritätischen.



Die Abteilung wird geleitet von
Joachim Hagelskamp

GESUNDHEIT, TEILHABE UND PFLEGE

Die neu zugeschnittene Abteilung Gesundheit, Teilhabe und Pflege hat vor allem die wichtige Aufgabe, die Entwicklungen im Bereich Gesundheit, Eingliederungshilfe, Pflege und Alter beratend zu begleiten. Hierbei beraten wir einerseits die politischen Akteure, indem wir in Fachgesprächen und Anhörungen die Paritätische Sicht auf geplante oder notwendige Maßnahmen darlegen und wirken maßgeblich in Verhandlungen mit Leistungsträgern mit. Andererseits informieren und beraten wir auch Landesverbände und Mitgliedsorganisationen, wie sie die beschlossenen Gesetze und Maßnahmen am besten umsetzen können. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Schaffung und Verbesserung von Rahmenbedingungen ein, die ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben aller Menschen – egal ob sie mit oder ohne Behinderung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit leben – ermöglichen. Für die Entwicklung von Paritätischen Positionen stimmen wir uns eng mit den Paritätischen Landesverbänden und unseren Mitgliedsorganisationen ab und fördern ihren Austausch untereinander. Unsere Abteilung besteht aus acht Kolleg*innen, die in den Referaten „Selbsthilfe und chronische Erkrankungen“, „Behindertenhilfe und soziale Psychiatrie“, „Altenhilfe und Pflege“ sowie „Gesundheit, Prävention, Rehabilitation und Bevölkerungsschutz“ arbeiten. Neben dem „FORUM Rettungswesen und Katastrophenschutz“, in welchem sich u.a. das DLRG, der ASB und der Bundesverband Rettungshunde miteinander austauschen, ist unserer Abteilung auch das „FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen“ zugeordnet. In diesem FORUM beraten Vertreter*innen der Bundesorganisationen der Selbsthilfe über ihre aktuellen Themen, Gesetzesverfahren und Belange der Patientenvertretung im „Gemeinsamen Bundesausschuss“ (G-BA). Der Paritätische Gesamtverband ist eine anerkannte, für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgebliche Spitzenorganisation und setzt sich im Rahmen dieser Funktion für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Selbsthilfe ein.



Die Abteilung wird geleitet von
Lisa Marcella Schmidt

RECHT

Wenn der gesunde Menschenverstand nicht mehr weiterhilft, können die Jurist*innen des Gesamtverbandes bestimmt helfen – so ist oft der Auslöser für Anfragen an die Rechtsabteilung. Klar ist der typische Fall für die Inanspruchnahme von Jurist*innen, wenn Interessen nicht übereingehen oder Beziehungen gestört sind. Die Frage am Telefon „Welche Rechte hat eigentlich ein Vereinsmitglied“ ist regelmäßig der deutliche Hinweis auf Störungen der Chemie im Verein.

Interessengegensätze und Konflikte sind aber nicht die bevorzugten Themen der Jurist*innen beim Gesamtverband. Viel lieber unterstützen wir die Fachreferate bei der Interpretation von Gesetz(entwürf)en, der Formulierung von Stellungnahmen und Fachinformationen mit dem Ziel der gelungenen Verbindung von juristischer Präzision und Verständlichkeit. Die Antwort „Es kommt darauf an“ mag als Jurist*innenattitüde anmuten. Sie ist angesichts der Komplexität von Lebenssachverhalten und der Kompliziertheit vieler Gesetze öfter berechtigt, als uns lieb ist. Wir bemühen uns immer um praktisch hilfreiche Hinweise und vermeiden akademische Pirouetten.

Außer der Unterstützung der Fachreferate hat die Rechtsabteilung eigene Themen, die unabhängig sind von einem Fachbereich und Strukturfragen sozialer Organisationen betreffen wie Arbeitsrecht, Vereinsrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, Datenschutz, Rechtsgrundlagen der Finanzierung, Urheberrecht und Ähnliches mehr. Mit unseren etwa 3,5 Stellen müssen wir uns auf Grundlageninformationen und die Unterstützung von Landesverbänden und überregionalen Mitgliedsorganisationen beschränken.



Die Abteilung wird geleitet von
Werner Hesse

MIGRATION UND INTERNATIONALE KOOPERATION

Nein, Migration ist gewiss nicht die „Mutter aller Probleme“ (Innenminister Seehofer), aber es bedarf guter rechtlicher, institutioneller Rahmenbedingungen, professioneller Unterstützungsangebote und einer engagierten Zivilgesellschaft, damit die Aufnahme und Partizipation von Eingewanderten oder Schutzsuchenden gelingt. Dafür setzen sich die derzeit 14 Kolleginnen und Kollegen unserer Abteilung, in der die Themenbereiche Migration, Flucht und humanitäre Auslandshilfe/Entwicklungszusammenarbeit bearbeitet werden, ein. Konkret geht es dabei u.a. um die Umsetzung von aktuell acht Förderprogrammen, wie etwa bei der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) oder die Förderung von Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge. Ein weiteres Anliegen ist die fachliche Qualifizierung der Organisationen. Da-

für werden Schulungen angeboten und Arbeitshilfen erstellt. Aktuell geht es auch darum, die Mitgliedsorganisationen bei der Digitalisierung ihrer Arbeit (Online-Beratung) zu unterstützen. Schließlich gehört zum Aufgabenspektrum das Eintreten auf nationaler oder europäischer Ebene für eine menschenrechtsbasierte, solidarische und faire Asylpolitik in Europa und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte. Einen Schwerpunkt der Arbeit stellt die Unterstützung von Migrantinnenorganisationen dar, dazu wurde schon 2007 das Forum der Migrantinnen und Migranten gegründet.

Darüber hinaus versuchen wir, immer wieder Impulse zu geben für mehr Diversität im Verband und in der Gesellschaft und den verbesserten Schutz vor Diskriminierung, wie aktuell mit Projekten zur interkulturellen Öffnung der Behindertenhilfe oder der Qualifizierung von Moscheegemeinden.

„Internationale Kooperation“, das umfasst vor allem die Vertretung unserer Mitgliedsorganisation im Bündnis „Aktion Deutschland hilft“, in dem sich 10 Paritätische Mitgliedsorganisationen engagieren, sowie die Auseinandersetzung mit der Situation Geflüchteter in Transitstaaten oder Herkunftsregionen.

Um die Themen Flucht und Migration gibt es immer wieder kontroverse politische Auseinandersetzungen. Neben der engen Abstimmung im Team ist uns daher die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wichtig.



Die Abteilung wird geleitet von
Harald Löhlein

SOZIALE ARBEIT

Trotz der kurzen Bezeichnung umfasst die Abteilung „Soziale Arbeit“ ein breites Themenspektrum. Zentral sind die Themen Kinder, Jugend, Familien und Frauen. Aber auch die Freiwilligendienste, das Bürgerschaftliche Engagement, die Straffälligen- und Suchthilfe, Schule und Bildung werden in der Abteilung bearbeitet. Zudem gibt es zwei große Bundesprogramme: „Kultur macht Stark. Bündnisse für Bildung“ und in Kooperation mit dem Paritätischen Landesverband Berlin sowie dem Bundesverband Kindertagespflege „Demokratie und Vielfalt in Kindertageseinrichtungen“. Das breite Themenspektrum ist durchaus auch eine Herausforderung, denn in der Vielfalt gibt es kaum gemeinsame Punkte, die alle Kolleginnen und Kollegen betreffen, die gemeinsam erörtert oder sogar bearbeitet werden können. Ungeachtet dessen versuchen wir aber über unsere Austauschrunden und die Vorstellung von Schwerpunkten in der Arbeit der Fachreferent*innen möglichst viel Transparenz und Verständnis für die Themen des jeweils anderen zu erreichen. Wir verstehen uns als Team, können uns aufeinander verlassen und sind miteinander und untereinander solidarisch. Ein Ruf nach Hilfe und Unterstüt-

zung, oder auch nur nach fachlichem Austausch bleibt bei uns, wie in den anderen Abteilungen auch, nicht unbeantwortet. In unserem Selbstverständnis sind wir Dienstleister für unsere Mitgliedsorganisationen und Träger, bringen unsere fachliche Expertise in die verbandlichen Diskurse ein und übernehmen sozialanwaltschaftliche Funktion gegenüber den Menschen, die in unserer Gesellschaft nicht oder kaum gehört werden.



Die Abteilung wird geleitet von **Marion von zur Gathen**

ARBEIT, SOZIALES UND EUROPA

Der Name der Abteilung ist Programm. Sie trägt dazu bei, das Soziale vor Ort ebenso wie auf europäischer Ebene weiterentwickeln zu helfen und dabei buchstäblich „Übersetzungsarbeit“ zu leisten. Sie informiert und berät Landesverbände und überregionale Mitgliedsorganisationen über europäische Fördermöglichkeiten, aber auch zu Fragen des Wettbewerbs- und Beihilfenrechts. Darüber hinaus widmet sich die Abteilung fachlich der Architektur der sozialen Sicherungssysteme allgemein, speziell Fragen der Arbeitsmarkt- und Alterssicherungspolitik. Dabei geht es darum, die Interessen der betroffenen Menschen ebenso wie der Einrichtungen und Dienste im Paritätischen durchsetzen zu helfen. Die Abteilung trägt auch dazu bei, die Vielfalt der Weiterbildungsangebote im Paritätischen sichtbar zu machen. In der Kommunikation mit Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Öffentlichkeit werden neben guten Argumenten auch empirische Daten benötigt, um für verbandliche Anliegen Gehör zu finden. Als einziger Wohlfahrtsverband verfügt der Paritätische deshalb über eine eigene Forschungsstelle. Dies bietet dem Verband die Möglichkeit, neue Aspekte fundiert in die öffentliche Diskussion einzubringen. Beispielsweise legt die Forschungsstelle jährlich konkrete Zahlen zur lokalen Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes vor. Organisationen vor Ort haben damit die Möglichkeit, Defizite im Vergleich zu erkennen und Beispiele für eine gute Umsetzung zu identifizieren. Mit Kurzexpertisen und Studien, etwa zur Angemessenheit der Hartz-IV-Sätze, unterstützt die Forschungsstelle die verbandliche Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem durch die Aktion Mensch Stiftung geförderten Projekt Teilhabeforschung wird ein besonderes Augenmerk auf die Bereitstellung von Daten für eine inklusive Politik und eine bessere Förderung und Beteiligung von Menschen mit Behinderung gelegt.



Die Abteilung wird geleitet von **Dr. Joachim Rock**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, PRESSE, REDAKTION UND KAMPAGNEN

Ohne diese Abteilung würden nur wenige erfahren, was der Paritätische eigentlich macht. Unter der Leitung von Gwendolyn Stilling wird hier die Darstellung des Paritätischen in der Öffentlichkeit koordiniert. Sowohl eingehende Presse-, Interview- und Medienanfragen werden bearbeitet als auch entschieden, mit welchen Botschaften und Meldungen der Verband sich nach außen darstellen möchte, wozu auch die Entwicklung der Darstellung in den Sozialen Medien gehört. Zu den regelmäßigen Veröffentlichungen zählt auch dieses Verbandsmagazin, auch die Gestaltung weiterer Publikationen des Verbandes ist Aufgabe der Abteilung. Das zweite große Feld, das in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut wurde, sind verbandsweite Kampagnen und Bündnisaktivitäten. Die Abteilung hält Kontakte in die Zivilgesellschaft und vertritt den Paritätischen in Bündnissen wie #unteilbar. Daher sind Paritätierer*innen inzwischen fester Bestandteil großer Demonstrationen. Auch das Projekt „Beratung gegen Rechts“ und die Kampagne „Vielfalt ohne Alternative“ sind in der Abteilung angegliedert. Hier bekommen Mitglieder Hilfe, wenn Sie Anfeindungen von Rechten ausgesetzt sind. Darum, die Paritätierer*innen und unseren Verband für die Digitalisierung fit zu machen, kümmert sich das Projekt „Digitale Kommunikation.“ Die Kolleg*innen aus dem Projekt verwalten unser Mitgliederportal www.wir-sind-paritaet.de, koordinieren das Team von inzwischen fast 200 Online-Scouts aus dem ganzen Verband und sorgen mit Workshops, Beratung und konkreten Arbeitshilfen im „Webzeugkoffer“ dafür, dass unsere Mitglieder alle #GleichImNetz sind.



Die Abteilung wird geleitet von **Gwendolyn Stilling**

FRISCH GEDRUCKT

In der Arbeitshilfe „Druck aus den Parlamenten. Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts“ klärt der Paritätische in Kooperation mit dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) über Strategien der Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen auf und gibt Tipps sowie Handlungsempfehlungen für von Anfeindungen betroffene Einrichtungen, Organisationen und Mitarbeiter*innen. Mehr Infos unter: www.vielfalt-ohne-alternative.de

Druck aus den Parlamenten
– Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts

PARITÄT IN ZAHLEN

Zahlen sind langweilig? Mitnichten! Wir haben uns mal durch diverse Statistiken und Archive beim Paritätischen Gesamtverband gewühlt und die Kolleg*innen befragt und dabei einige interessante Sachen über den Verband herausgefunden.

GESCHICHTE

96 Jahre

ist der Paritätische Gesamtverband inzwischen alt. Die Vorbereitungen für unseren 100. Geburtstag laufen so langsam an.

MITARBEITER*INNEN

73%

ist der Frauenanteil der Mitarbeiter*innen beim Paritätischen Gesamtverband. Von insgesamt

105

Mitarbeiter*innen in unserer Geschäftsstelle definieren sich 77 weiblich und 28 männlich.

PUBLIKATIONEN

811 Seiten

hat der Paritätische im vergangenen Jahr in seinen

20

Publikationen, Handreichungen und Experten veröffentlicht.

Zählt man das 36-seitige Verbandsmagazin, welches 6x im Jahr erscheint, mit dazu, sind es sogar 919.

MITGLIEDER

764.000 Menschen

arbeiteten 2019 in einer der über 10.000 Paritätischen Mitgliedsorganisationen in ganz Deutschland. Sie leisteten über

800 Millionen

Arbeitsstunden insgesamt ab.

JAHRESKAMPAGNE

2018 hat der Paritätische mit der großen Jahreskampagne „Mensch, Du hast Recht!“ auf das Jahr der Menschenrechte hingewiesen, auch mit einer großen Materialschlacht. Knapp eine

viertel Million Plakate

wurden im Rahmen der Kampagne gedruckt.

RAHMENVERTRÄGE

Die Mitgliedschaft beim Paritätischen lohnt sich, denn auf die Mitglieder warten

186

Rahmenverträge, mit denen sich eine Menge Geld sparen lässt. Von Rabatten im Fitnessstudio über günstigere Software bis hin zu billigeren Büromöbeln ist eine ganze Menge dabei.

Stand ist der Redaktionsschluss. In den kommenden Wochen werden noch wei-

tere Rahmenverträge dingfest gemacht, verriet man uns!

ONLINE-PRÄSENZ

763.000 Aufrufe

hat unsere Homepage www.paritaet.org bis zum Redaktionsschluss in diesem Jahr gehabt. Fast eine Verdoppelung, was natürlich einerseits durch die ständig steigende Attraktivität des Verbandes und seiner Homepage als auch durch die Corona-Pandemie begründet werden kann. 2019 waren es über das ganze Jahr gerechnet 383.000 Aufrufe.

Auch in den Sozialen Netzwerken sind wir immer stärker präsent. Unser Flaggschiff ist dort immer noch Twitter.

24.980 Follower

haben wir dort. Doch auch woanders wachsen wir. Vor wenigen Wochen konnten wir uns darüber freuen, bei Facebook fünfstellig zu werden und inzwischen

10.016 Follower

dort zu haben.

Und auch unser „eigenes“ soziales Netzwerk wächst kontinuierlich. Zum Redaktionsschluss waren auf wir-sind-paritaet.de

368

Paritäter*innen aktiv, tauschen sich real und virtuell miteinander aus und machen gemeinsame Aktionen miteinander.

WER KENNT DEN PARITÄTISCHEN?

Ein kleines Quiz. Schicken Sie die richtigen Antworten bis zum 15.12. an redaktion@paritaet.org und gewinnen Sie eine von drei „Vielfalt ohne Alternative!“-Tassen.



1. Wann gründete sich der Paritätische?

A: 1871

B: 1924

C: 1946

D: 1963

2. Zunächst hieß der Verband „Vereinigung der freien privaten gemeinnützigen Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands.“ Ein Jahr später hieß er...

A: Freunde der deutschen Wohlfahrt

B: Fünfter Wohlfahrtsverband

C: Der Paritätische Wohlfahrtsverband

D: Vereinigung der barmherzigen Wohltäter

3. Der Paritätische hat „nur“ 15 Landesverbände. Wer hat sich zusammen getan?

A: Hessen und Thüringen

B: Bremen und Niedersachsen

C: Saarland und Rheinland-Pfalz

D: Hamburg und Schleswig-Holstein

4. Wie viele Mitglieder hat der Paritätische?

A: Über 2500

B: Über 5000

C: Über 7000

D: Über 10000

5. Wie lauten die Prinzipien des Paritätischen?

A: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

B: Toleranz, Offenheit und Vielfalt

C: Einigkeit und Recht und Freiheit

D: Freie Fahrt für freie Bürger

6. Wie heißt das Digitalisierungsprojekt des Paritätischen?

A: #JetztImNetz

B: #MorgenImNetz

C: #GleichImNetz

D: #ReichImNetz

7. Welche Abteilung ist *keine* eigene Abteilung im Gesamtverband?

A: Gesundheit, Teilhabe und Pflege

B: Recht

C: Ökologie, Landwirtschaft und Umweltschutz

D: Arbeit, Soziales und Europa

8. Welches Projekt ist *kein* Projekt im Gesamtverband?

A: Beratung gegen Rechts

C: mbeon

C: Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung

D: #100EuroMehrSofort

9. Welches markante Merkmal trägt Hauptgeschäftsführer Schneider?

A: Nasenpiercing

B: Backenbart

C: Irokesenschnitt

D: Nackentattoo

10. Wie heißt die Band, in der Ulrich Schneider mit seinem Sohn Max spielt?

A: Lefft

B: Rigght

C: Middle

D: Centter

KLEINE HISTORIE

MITGLIEDERENTWICKLUNG IM PARITÄTISCHEN

Hervorgegangen aus einem Krankenhausfachverband hat sich der Paritätische zu einem der drei größten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege entwickelt. Anfang der 1950er Jahre zählte der Paritätische Wohlfahrtsverband knapp 380 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 1.800 sozialen Einrichtungen. Knapp 30 Jahre später, 1979, waren es bereits über 2.400 Mitglieder, 1989 hatte sich diese Zahl auf rund 5.000 Mitglieder bereits mehr als verdoppelt und zwanzig Jahre später noch einmal eine glatte Verdoppelung – im Jahr 2009 begrüßte der Verband das 10.000ste Mitglied. Heute sind es knapp 10.700 rechtlich eigenständige, gemeinnützige Organisationen bundesweit, die unter dem Dach des Paritätischen organisiert sind. Mehr als 700.000 Menschen sind hauptamtlich in den mehr als 20.000 Einrichtungen beschäftigt – und noch mehr Menschen, engagieren sich ehrenamtlich und in der Selbsthilfe.

Die Mitgliederentwicklung spricht für den Verband. In der Aufnahmepolitik des Paritätischen, die vor allem charakterisiert ist durch eine Politik der Offenheit und des „Sich-Nicht-Verschließens“, und der Mitgliederentwicklung spiegeln sich letztlich stets auch gesellschaftliche Probleme und Interessen der jeweiligen Zeit wider. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand zunächst alles im Zeichen des Wiederaufbaus und der Rückkehr zur Normalität. Alle Wohlfahrtsorganisationen waren insbesondere mit der Linderung von Kriegsfolgen befasst. Die Freie Wohlfahrtspflege hatte ihren festen Platz im Sozialstaat und der Paritätische galt als „Sammelbecken der Versprengten“, die eben nicht AWO, nicht Caritas, DRK oder Diakonie waren. In den 1960er Jahren entwickelte sich der Paritätische zunehmend zu einem Dach für die neu entstehenden Initiativen von Bürger*innen, insbesondere in der Behindertenhilfe. Gleichzeitig wurde das Sozialsystem in Deutschland ausgebaut und die soziale Arbeit professionalisierte sich.

Neue Aufbrüche in den Siebzigern

Die 1970er Jahre brachten vor allem eins: Umbruch. „Chancengleichheit“, „Emanzipation“, „Alternative Lebensformen“ waren Schlagworte dieser Zeit, aber auch Krisen (Energie- und Staatskrise) und Arbeitslosigkeit bewegten das Land. Es kam Bewegung in die soziale Arbeit. Und der Paritätische wurde mit diesen Bewegungen schnell konfrontiert – denn alle diese neuen Gruppierungen drängten in den Verband, wie beispielsweise die neuen Eltern-Kind-Initiativen, die mit alternativen Pädagogikkonzepten und ihrem gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch Fachwelt

und Praxis herausforderten. Die Grenzen und Schwächen der sozialen Sicherungssysteme wurden dann spätestens in den 1980ern angesichts von Massenarbeitslosigkeit, zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit, empor schnellender Sozialhilfeszahlen und demografischem Wandel erstmals mehr als deutlich spürbar. Erstmals war die Rede von der „neuen Armut“. Der soziale Problemdruck fand über Initiativen von Sozialhilfebezieher*innen und soziale Beschäftigungsinitiativen in den Verband. Auch Frauenhäuser und Fraueninitiativen sowie eine Vielzahl von Selbsthilfeinitiativen im Gesundheitsbereich (heute im Forum chronisch kranker und behinderter Menschen im Paritätischen organisiert) wurden in dieser Zeit Mitglied im Paritätischen und ließen den Verband politischer werden. Ein erster Armutsbericht wurde 1989 als sichtbarster und öffentlichkeitswirksamster Ausdruck dieser Entwicklung vorgelegt.

Offenheit, Toleranz, Vielfalt

Der Verband gab sich damals erstmals Verbandsgrundsätze. Es war durchaus diskutiert worden, gar keine weiteren Mitglieder aufzunehmen, aus Angst, der enorme Zulauf könnte den Verband überfordern. In den Verbandsgrundsätzen von 1989 bekennt sich der Paritätische schließlich jedoch klar zu Vielfalt und Offenheit. Erst die Offenheit, die Toleranz und das Zulassen der Vielfalt lösen notwendige gesellschaftliche Bewegungen aus und halten sie in Gang. Das waren die Einsichten, die in den Verbandsgrundsätzen festgeschrieben wurden – Einsichten, die bis heute nicht an Aktualität eingebüßt haben.

Ganz im Gegenteil: In den letzten Jahrzehnten haben Tempo und Druck, auch auf die Freie Wohlfahrtspflege zugenommen. Wiedervereinigung, Globalisierung, Liberalisierung, Europäisierung, Digitalisierung. Die Einführung des Euro Ende der 1990er. Die Agenda 2010, die Probleme lösen sollte, stattdessen aber Armut manifestierte. Der Durchmarsch des Neoliberalismus nach der Wiedervereinigung, als Wettbewerb und Ökonomisierung in den 1990er Jahren auch in der Wohlfahrtspflege Einzug hielten, die sich plötzlich mit Problemen wie Preisdumping auseinandersetzen musste, während gleichzeitig politisch das Ehrenamt hofiert wurde. Die Globalisierung brachte immer wieder neue Widersprüche mit sich und heizte beispielsweise die Debatte um Migration und Integration an: Ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland und will sie es überhaupt sein? Selbstorganisationen der Migrant*innen entstanden und kamen in den Verband. Über 200 Migrant*innenorganisationen sind heute im 2007 gegründeten Forum der Migrant*innen im Paritätischen organisiert, um gemeinsam und selbst ihre Interessen zu vertreten.

Ein Verband, der immer in Bewegung ist

In den letzten fünf Jahren sind es u.a. Fragen der Demokratiarbeit, des Engagements gegen Rechts und für Menschenrechte, die neue Relevanz im Verband erhalten haben, aber auch mehr und mehr Organisationen und Initiativen mit sozial-ökologischer Expertise finden sich in der Mitgliedschaft. Schließlich kann der Verband immer mehr queere Mitgliedsorganisationen willkommen heißen, die sich für die Gleichberechtigung von Menschen verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten einsetzen. Und so halten Offenheit und Vielfalt den Verband letztlich bis heute jung und dynamisch. GST

„DER VERBAND HAT SICH MIT SEINER MITGLIEDSCHAFT POLITISIERT. UND SCHON MANCHES MAL WAREN WIR DER GESELLSCHAFT VORAUS.“

Josef Schädle am 5. November 2009 im Berliner Abgeordnetenhaus anlässlich des 20. Jubiläums der Veröffentlichung des ersten Armutsberichtes des Paritätischen.



Ein Gespräch mit Josef Schädle, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands und seit Ende der 1970er aktiv in den Gremien des Verbandes.

Wie sind Sie zum Paritätischen gekommen?

Ich war Geschäftsführer einer Paritätischen Mitgliedsorganisation in Wunstorf in Niedersachsen. 1978 gründete der Landesverband einen Arbeitskreis Soziale Psychiatrie, in dem ich mich engagierte. Unser erster Beschluss war ein Antrag auf Einrichtung eines solchen Arbeitskreises auch auf Bundesebene.

Den gab es damals noch nicht?

Nein, man muss bedenken: Bis dahin gab es in der Psychiatrie eigentlich nur Medizinerverbände. Damals aber gründeten sich immer mehr soziale und sozialpolitische Gruppierungen, wie die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP), der Dachverband Gemeindepsychiatrie, Psycholog*innenverbände und Selbsthilfegruppen. Als die DGSP, in der ich auch Mitglied war, Ende der 1970er Mitglied im Paritätischen Gesamtverband wurde, war das wie ein Türöffner: Nicht nur für das relativ junge Feld der Sozialpsychiatrie, sondern auch für andere soziale Bewegungen. Dass eine damals als linksalternativ bis linksradikal verschriene Organisation wie die DGSP zum Paritätischen ging, hat es auch anderen neuen Initiativen und Gruppierungen leichter gemacht, Kontakt aufzunehmen und schließlich unter dem Dach des Paritätischen ihren Platz zu finden.

Wie radikal war die DGSP denn?

Die Selbsthilfebewegung im Gesundheitswesen hat ihre Wurzeln zum großen Teil in der Studentenbewegung der 1968er, den sozialpolitischen Arbeitskreisen an den Unis und so. Das ist auch eine wichtige Wurzel der DGSP gewesen. Also ich sage mal, wir waren auf jeden Fall linksalternativ. Ende der 1970er war eine zentrale Forderung der DGSP, die Großkrankenhäuser abzuschaffen, das

war für die damalige Zeit natürlich radikal. Dann haben wir die Kampagne zur Abschaffung von Paragraph 218 offensiv unterstützt, was innerverbandlich allerdings auch in der DGSP durchaus umstritten war. Es gibt auch anständige Konservative dort.

Seit Anfang der 1980er engagierten Sie sich dann im Paritätischen Gesamtverband auf Bundesebene, als Vertreter der DGSP im damaligen „Beirat“. Ein Kulturschock?

Der Paritätische war vorher, ich will jetzt nicht sagen, ein schnarchiger Verband, aber als ich 1983 das erste Mal im Beirat war, wie es damals noch hieß, habe ich zu meinem Nachbarn gesagt: „Sag mal, ist das hier eine Kaffeerrunde im Seniorenstift oder was ist das hier?“ Der Beirat war ein riesiges Gremium, so 70 bis 80 Menschen. Die Aula am damaligen Hauptstandort des Gesamtverbandes in Frankfurt am Main war proppenvoll: der 32köpfige Vorstand war im Beirat vertreten, alle Landesverbände, soweit nicht im Vorstand, und Vertreter*innen aller überregionalen Mitgliedsorganisationen.

Sie sagen, der Beitritt der DGSP war eine Art „Türöffner“. Wie entwickelte sich die Mitgliedschaft und der Verband denn in der weiteren Folge?

Nachdem zuvor bereits vor allem viele Elterninitiativen als Mitglied aufgenommen worden waren, waren es jetzt viele Selbsthilfegruppen, aber beispielsweise auch die ganze Frauenhaus-Bewegung, die neu in den Verband kamen, teilweise auch über den Umweg einer Mitgliedschaft im Paritätischen Bildungswerk. Im Paritätischen Gesamtverband war die Frage der Mitgliederentwicklung und auch der Neuaufnahmen dabei aber immer wieder auch Gegenstand intensiver Debatten. Heftig umstritten war zum Beispiel die Aufnahme von pro familia. Der Hauptkonflikt lag hier zwischen den Behindertenverbänden einerseits und pro familia auf der anderen Seite, wie es heute auch immer noch bei einigen Themen der Fall ist.

Plötzlich also mischten linksalternative Psycholog*innen, Elterninitiativen und Frauenbewegung die Gremien des Paritätischen auf. Wie wurdet Ihr aufgenommen?

Ohne das sehr aktive innerverbandliche Wirken des damaligen Geschäftsführers Klaus Dörrie wäre es sicher weniger reibungslos abgelaufen. Was er im Vorstand und in den Landesverbänden im Detail alles bewegt hat, kann ich von außen nicht beurteilen. Ich habe dann erst das Ergebnis gesehen. Ein erstes Signal, dass sich auch strukturell etwas bewegt, war, als wir, eine Gruppe von fünf bis sechs jüngeren Leuten aus dem Beirat, angeregt haben, dass über die Besetzung und die Funktion des damals doch recht ominösen Wahlvorstandes mal nachgedacht werden sollte. Man wisse ja im Vorhinein schon, was bei den Wahlen rauskommt. Das hat dann zwar nicht sofort funktioniert, aber immerhin bewirkt, dass es Ende der 1980er Jahre zu einer grundlegenden Strukturveränderung kam, mit einem kleineren Vorstand und einem ordentlich gewählten Verbandsrat.

1989 hat der Paritätische ja auch erstmals eigene inhaltliche „Grundsätze der Verbandspolitik“ verabschiedet. Hingen die Prozesse zusammen?

Auf jeden Fall, das lief parallel und bedingte sich wechselseitig. Als Dieter Sengling, damals Professor für Erziehungswissenschaften an der Uni Münster, 1987 Vorsitzender des Paritätischen wurde, kam das alles ins Rollen. Sengling hat eine inhaltliche Debatte angezettelt über gemeinsame Werte und Grundsätze. Dann war gleichzeitig aber auch klar, eine solche inhaltliche Debatte bringt uns gar nichts, wenn wir nicht auch an die Struktur gehen.

Wie ist es gelungen, sich auf gemeinsame Grundsätze zu verständigen trotz der Vielfalt der Mitgliedsorganisationen und der inhaltlich bisweilen konträren Positionen, die diese vertreten?

Es werden im Paritätischen in wirklich zentralen Fragen keine Beschlüsse gefasst, die nicht von allen mitgetragen werden können. Das war eine der für mich wichtigen Entscheidungen der damaligen Wertediskussion. Es bedeutet, dass der Verband sich zwar in manchen Punkten nicht eindeutig äußern kann, aber das finde ich gar nicht dramatisch. Es war ganz zentral für die innerverbandliche Kultur, zu sagen, es wird kein Verband überstimmt, wenn es um zentrale Fragen wie beispielsweise das Recht auf Leben oder Selbstbestimmung geht. Bei manchen biogenetischen Fragestellungen würde ich mir zwar wünschen, wir wären manchmal etwas flexibler, aber es ist halt nicht so und das ist auch in Ordnung. Es gibt rote Linien, die darf man nicht ohne Not überschreiten. Es war ein ganz wichtiger Schritt für den Verband, zu sagen: Wenn wir schon Werte verkünden, wie Gleichwertigkeit, Toleranz, Vielfalt, Partizipation, dann muss das auch innerverbandlich gelten.

Was hat die damalige Wertedebatte noch bewirkt?

Die Erkenntnis, dass sich aus der Verknüpfung von inhaltlichen sozialen Problemstellungen auch eine Notwendigkeit ergibt, politisch zu agieren, also tatsächlich als politischer Anwalt aufzutreten für die Bedürfnisse der Mitglieder und Klient*innen – das war aus meiner Sicht eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Werte-Debatte. Dass es uns gelungen ist, uns auf gemeinsame Grundsätze zu verständigen, bedeutete: Wir haben jetzt ein Funda-

ment von Werten, die uns verbinden und auf der Basis können wir uns äußern, für uns selbst und im Namen unserer Mitglieder. Darum ging es. Parallel lief aber ja auch noch eine weitere Debatte: die Diskussion um den ersten Armutsbericht. Das war sozusagen die erste wirkliche sozialpolitische Debatte, die ich im Verband mitbekommen habe. Das andere davor war eigentlich immer nur so Geplänkel.

Worum ging es bei der Diskussion um den ersten Armutsbericht?

Es war unbestritten, dass es Armut gibt. Diskutiert wurde, ob der Paritätische ein Mandat hat, sich politisch aktiv in solche Sachen einzumischen und wenn ja, woher hat er dieses Mandat? Kann er sich das selbst geben oder bekommt er das von seinen Mitgliedern? Er hat es gewiss nicht von der organisierten Politik. Es wurde diskutiert, ob uns der Geldhahn zugedreht wird, wenn wir uns an solche Themen wagen. Dann gab es einen Vorstandsbeschluss, dass wir es machen, aber nur als gemeinsames Projekt der BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege). Die anderen Verbände haben aber letztlich abgesagt, die Caritas kündigte an, etwas eigenes zum Thema zu machen. Dann haben wir beschlossen, es allein zu machen. Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet und den Bericht innerhalb von zwei Jahren fertiggestellt...

...und am 9. November 1989 in Bonn in der Bundespressekonferenz vorgestellt.

Ja, die Ereignisse des Tages überrollten dann alle. Der Mauerfall war Vorteil und Nachteil zugleich. Die inhaltliche Diskussion um den Armutsbericht, aber auch die Angriffe etwaiger Gegner*innen gingen in den folgenden Tagen weitgehend unter. Aber: Immerhin hatten wir es zum ersten Mal als Verband in die Bundespressekonferenz und sogar in die ARD Tagesschau geschafft.

Zu Großdemonstrationen rief der Paritätische damals aber noch nicht auf.

Dass der Paritätische auf die Straße geht und aktiv zu einer Teilnahme einer Großdemonstration aufruft, das wäre damals in 1980ern schon gar nicht, aber auch in den 1990ern nicht denkbar gewesen. Aber wenn ich jetzt so meine 30 Jahre als Verbandsratsmitglied anschau, kann ich schon sagen, dass der Verband von Wahlperiode zu Wahlperiode politischer wurde. Die Themen wurden politischer, die Stellungnahmen wurden klarer. Sprache ist ja auch etwas Politisches, also die Entscheidung, wie verbrämt oder eindeutig drücke ich es aus, wenn ich einem Ministerium mitteile: „Also passen Sie mal auf, dieser Gesetzentwurf ist wirklich Schrott.“ Darf ich das dann Schrott nennen oder muss ich das so umschreiben, dass ein Außenstehender gar nicht merkt, dass es Schrott ist? Gab es auch, gab es alles. Wenn man sich heute mal einige alte Stellungnahmen durchliest, da bekommt man das kalte Grausen. Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen.

Die Stellungnahmen aber wurden klarer, der Verband zeigte immer häufiger klare Haltung...

Ja, die Erfahrung mit der Veröffentlichung des Armutsberichts 1989 bewirkten etwas, denn das Echo blieb ja trotz Mauerfall nicht völlig aus. Teile aus dem Armutsbericht sind damals in allen wichtigen überregionalen Zeitungen gedruckt worden und das

nicht nur in der linksliberalen Presse, sondern auch in liberalkonservativen Medien. Der Verband lernte: Wir werden wahrgenommen, wir sind wichtig und wir können und müssen uns zu entscheidenden Themen weiter äußern. Die Entwicklung hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass die Vorstände politischer geworden sind. Das ging los mit Sengling. Der war ein anerkannter Wissenschaftler und hatte innerhalb der Pädagogikgesellschaft auch einen klaren Standpunkt. Davor wäre es lange nicht denkbar gewesen, dass ein Landesverband jemanden wie Sengling oder später Barbara Stolterfoht als Vorsitzende vorschlägt, die in der SPD eher links und eindeutig in der Frauenbewegung verortet ist und politisches Selbstbewusstsein mitbrachte. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielt natürlich auch Ulrich Schneider, der mit seinem Gespür für den Verband und seine Mitglieder einerseits und für politische Entwicklungen andererseits Wege zu neuen Bündnissen und bisher ungewohnten Aktionen, z.B. die erwähnten Großdemonstrationen, geöffnet hat.

Vorsitzende werden ja nicht nur vorgeschlagen, sondern müssen auch gewählt werden. Ist soziale Arbeit und die Mitgliedschaft insgesamt politischer geworden?

Natürlich. Der Verband hat sich sozusagen mit seiner Mitgliedschaft politisiert. Die Verbandsspitze hat relativ früh ein Gespür dafür entwickelt, was sich in der Gesellschaft bewegt, wo neue Probleme auftauchen, aber auch, wo neues Engagement und neue Bewegungen auftauchen, die sich diesen Problemen widmen. Und dann hat man sich aufeinander zubewegt, den sozialen Bewegungen im Verband auch einen strukturellen Rahmen gegeben. Ich denke in manchen Sachen waren wir dadurch der Gesellschaft auch voraus. Gerade was die Verknüpfung von Gesundheit und Sozialpolitik betrifft, also die Erkenntnis, dass beides nicht ohne einander funktioniert.

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage ein? Was könnte die nächste Etappe für die Gesellschaft und den Verband sein?

Für die Gesellschaft wird das zentrale Thema der nächsten Jahre sein, und da gehört die Bewältigung von Corona mit dazu, die Verknüpfung von sozialem und ökologischem Wandel. Das wird schwierig werden und nicht ohne Verwerfungen vorstattgehen. Als Verband sind wir da mit unseren Positionen und Aktivitäten relativ weit vorne. Eine gerechte Klimawende geht ohne Sozialstaat nicht und eine sozial-ökologische Transformation ist keine Frage des Luxus, sondern tatsächlich eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Soziales und Ökologisches bedingen sich gegenseitig und müssen deswegen gemeinsam gedacht und entwickelt werden. So eindeutig wie der Paritätische haben das in den letzten fünf Jahren wenige formuliert, da können wir schon stolz ein. Dass das Thema auch öffentlich wahrgenommen wird, dazu haben wir schon einen wichtigen Beitrag geleistet. Und dennoch: Die Frage, wie gestalten wir eine echte sozial-ökologische Transformation, ist so groß, da ist noch sehr viel zu tun und inhaltlich auch noch ganz viel offen.



Es ist spannend zu beobachten, dass sich in diesem Zusammenhang auch wieder etwas in der Mitgliedschaft wandelt. Inzwischen klopfen mehr und mehr Vereine an, die auch einschlägige ökologische Expertise mitbringen...

Absolut! Deswegen finde ich auch sowohl unsere Entscheidung, gemeinsam etwas mit Fridays For Future zu machen wie die Pressekonferenz im vergangenen Sommer, als auch zu sagen, jetzt ist erstmal gut mit gemeinsamen Aktionen, solange ihr soziale Fragen weitgehend ausklammert, völlig richtig. Das ist wie damals die Auseinandersetzung mit den neuen sozialen Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren. Das war auch immer so ein Hin und Her. Ist das stabil oder ist es nicht vielleicht doch gescheiter, wenn man sich trennt? Ich denke, auch jetzt stehen uns noch viele intensive Diskussionen bevor. Da wird es Vereine und Initiativen geben und gibt es ja schon, die auf uns zu kommen und die sich im und mit dem Verband für die Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation engagieren wollen. Diese neuen Mitgliedsorganisationen werden auch die weitere verbandliche Entwicklung mitbestimmen. Das finde ich auch gut, weil so der Laden lebendig bleibt und gezwungen ist, sich nicht nur mit sich selbst zu beschäftigen, sondern sich wirklich mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Vor allem auch unser Blick auf Armutspolitik wird sich ändern müssen. Ich denke, wir dürfen Armutspolitik nicht mehr nur als Absicherung von individuellen Lebensentwürfen und Schicksalen verstehen. Armutspolitik wird eine soziale und ökologische Absicherung für die Zukunft der Welt bedeuten müssen, um es mal ganz global zu sagen. Ohne eine stimmige Armutspolitik wird es keinen solchen ökologischen Wandel geben, dass diese Welt noch älter als 500 Jahre wird.

Zum Abschluss: Was würden Sie jungen Menschen sagen, wenn diese fragen, warum es sich lohnt, sich in einem Verband wie dem Paritätischen zu engagieren?

Also ich habe relativ schnell verstanden, dass wenn ich irgendetwas in meinem Sinne bewirken will, dass ich dann Verbündete brauche. Erstmal Verbündete, die gleichgesinnt sind. Was ja auch naheliegend ist, weil 20 Leute stärker sind als zehn, klar. Dann gucken, welche Bereiche gibt es eigentlich noch, die angrenzen, die was gemeinsam haben und gibt es da Möglichkeiten Verbündete zu gewinnen. Soziales, Umwelt, Kultur oder Sport – da gibt es so viele Anknüpfungspunkte. Da war ich immer ziemlich pragmatisch: Wenn ich etwas erreichen will, muss ich gucken, dass ich das nicht alleine mache.

Herzlichen Dank für dieses inspirierende Gespräch!

Das Interview führte Gwendolyn Stilling

DER PARITÄTISCHE ARMUTSBERICHT UND SEINE GESCHICHTE

Als 1989 der erste Paritätische Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht wurde, war das für den Verband in mehrfacher Hinsicht eine große Sache. Zum ersten Mal übte der Verband in sehr grundlegender Weise Kritik an den Verhältnissen in diesem Lande.

Der Sozialstaat belasse viele seiner Bürgerinnen und Bürger in Armut. Zum ersten Mal bezog der Verband lobbyistische Positionen, die über das Fachliche und Fachpolitische im engeren Sinne hinausgingen: für Obdachlose, für Alleinerziehende, für Arbeitslose, für psychisch Kranke und schließlich für Millionen von Sozialhilfebezieher*innen. Zum ersten Mal suchte er ganz offensiv und mutig die Öffentlichkeit, ließ sich zum ersten Mal in die Bundespressekonferenz nach Bonn einladen. Er übernahm als Parität Themen- und Meinungsführerschaft und emanzipierte sich damit ein Stück weit von der der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, über die er bis dahin fast ausschließlich seine fachpolitische Lobbyarbeit im Konzert aller sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege betrieb. Einer solchen Neupositionierung, politisch und auch strategisch, war naheliegenderweise eine intensive innerverbandliche Diskussion vorausgegangen. Ist das wirklich unsere Aufgabe? Ist es klug, ganz allein aufzutreten? Wie werden Politik und Ministerien reagieren? Auch nach Erscheinen des Armutsberichtes gab es durchaus eine gewisse Unruhe im Verband angesichts eines solchen Paradigmenwechsels.

Erster Armutsbericht am Tag der Maueröffnung

Es war, wie der Zufall so wollte, der 9. November 1989. Die Meldungen zum Armutsbericht sollten in den Spätnachrichten

bereits von den Bildern der Maueröffnung überlagert werden. Kritiker wiesen darauf hin, dass, wer von Armut in Deutschland spreche, doch bitte mal nach drüben schauen solle. Der Mauerfall wurde nicht nur als Sieg der ersten friedlichen Revolution auf deutschem Boden gefeiert, von vielen auch als Sieg westlicher kapitalistischer Marktwirtschaft über planwirtschaftliche Systeme. Die Armutsfrage wurde zur Systemfrage hochstilisiert, Armut durchaus als das begriffen, was sie immer ist: eine Anklage gegen eine Sozialpolitik, die sie zulässt.

Doch trotz vielfachen Gegenwindes ließ der Paritätische nicht locker: Es folgten zwei Armutsberichte zusammen mit dem DGB (1994 und 2000). Dann endlich war die zentrale Forderung des ersten Armutsberichtes umgesetzt: Die rot-grüne Bundesregierung verpflichtete sich zu einer regelmäßigen staatlichen Armutsberichterstattung. Der Verband konnte seine entsprechenden Aktivitäten einstellen. So zumindest die erste Fehleinschätzung. Denn tatsächlich mutierten die seit 2001 vorgelegten regierungsamtlichen Berichte mehr und mehr zur Hofberichterstattung, in der es an Lobpreisung für die Bundesregierung nicht fehlte. Die Berichte wurden immer ausführlicher, immer detaillierter und verloren immer mehr an politischer Aussagekraft. Nicht einmal mehr eine klare Definition von Armut, an der man Regierungshandeln hätte messen können, schien im Berliner Politikbetrieb möglich. Eine tatsächliche kritische Bestandsaufnahme zur Armut und Armutspolitik ließen die Berichte mehr und mehr vermissen.

2009 folgte der Armutsatlas

Und so war es nur folgerichtig, dass der Verband 2009 erneut das Heft in die Hand nahm und im Zusammenwirken mit dem Statistischen Bundesamt seinen ersten regionalen Armutsatlas für Deutschland präsentierte. Er sollte ein Meilenstein in der Armutsberichterstattung werden. Fortan wurde der Blick auf die Regionen in Deutschland gelenkt, ging es um Armut, wurde nicht mehr nur die soziale, sondern auch die regionale Zerrissenheit dieses Landes deutlich. Das Medienecho war, wie nicht anders zu erwarten, überwältigend. Seit 2011 folgten dann jährliche Armutsberichte der Parität. Sie sorgten dafür, dass Armut als Thema nicht mehr herunterzukommen war von der politischen Tagesordnung, auch wenn sich neoliberale Kräfte in Politik und Medien noch so sehr abmühten.



Links der erste Armutsbericht aus dem Jahr 1989 in den Blättern der Wohlfahrtspflege, rechts die aktuelle Ausgabe von 2019.

Die Tagesschau am 9. November 1989 zum ersten Armutsbericht. Allerdings: Unser Logo stand auf dem Kopf.



ihren Reichtum fürchteten, die in den Armutsberichten zurecht einen Angriff auf bestehende (Verteilungs-)verhältnisse sahen. Nach der Vorlage des Armutsberichtes 2015 unter dem Titel „Die zerklüftete Republik“ brachen die Interessengegensätze endgültig auf. Wüsten Beschimpfungen sah sich der Verband in den einschlägigen Medien ausgesetzt. Es setzte Angriffe, die gezielt die armutspolitische Glaubwürdigkeit des Verbandes untergraben sollten. Es gebe gar keine „wirkliche“ Armut, so die bräsigte Gegenthese, und dem Paritätischen ginge es ja nur um das Geschäft. Selbst der Deutsche Caritasverband verstieg sich öffentlich zu diesem Versuch der Diskreditierung immerhin eines Kollegialverbandes.

Eine neue Repolitisierung

Mittlerweile ist nicht nur das Armutsthema aus der Wohlfahrt nicht mehr wegzudenken. Wohlfahrtspflege erlebt in den letzten Jahren auch von innen heraus wieder eine deutliche Repolitisierung, eine Art Werterenaissance, die im konsequenten Einsatz für Menschenrechte, für Gerechtigkeit und mehr sozialer Gleichheit ihren Ausdruck findet, sei es in Bündnissen für eine an den Bürger*innen orientierte Wohnungspolitik, für Umverteilung, für eine Kindergrundsicherung oder für eine echte sozialökologische Wende. Ein neues Selbstbewusstsein hat Einzug gehalten: Wir wollen nicht nur reparieren, wir wollen verändern. Und wir können verändern.

Ulrich Schneider

Die Armutsberichte wurden immer konturierter. Der reinen Beschreibung folgten klare Analysen zur Entstehung der Armut. Der Verband begann, Interessengegensätze zu benennen und schließlich die Notwendigkeit einer steuerpolitischen Umverteilungspolitik als notwendige Bedingung einer jeglichen Armuts politik, die Armut nicht nur bekämpfen, sondern wirklich abschaffen will. Dies wiederum rief regelmäßig jene auf den Plan, die um

DER UMZIEHENDE VERBAND



Mehrfach ist der Verband in seiner fast hundertjährigen Geschichte schon umgezogen und tatsächlich inzwischen wieder am Ort, wo alles anfang: In der Oranienburger Straße in Berlin in den Zwanziger Jahren.

Nach der Neugründung des Verbandes 1949 bezug dieser seine Hauptgeschäftsstelle in der Hebelstrasse in Frankfurt am



Main, dem heutigen Sitz der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und zog 1958 in eine eigene Hauptgeschäftsstelle im Grüneburgweg. Nur fünf Jahre später ging es in die Hauptgeschäftsstelle in der Heinrich-Hoffmann-Strasse 3 zusammen mit der Agnes-Karll-Gesellschaft (siehe Bild in der Mitte).

2003 startete schließlich die Verlegung



der Fachabteilungen und der Geschäftsführung in die Oranienburger Strasse 13/14 nach Berlin. Hier schließt sich der Kreis, denn dort (wenn auch in einem anderem Gebäude) war der Verband schon nach seiner Gründung. 2005 erfolgte der Nachzug der Verwaltungs- und Finanzabteilung in die Hauptgeschäftsstelle. Der Vereinssitz bleibt in Frankfurt/Main.

BILDERGALERIE

PARITÄT AKTIV. EIN PAAR EINDRÜCKE AUS DEN LETZTEN, BESONDERS AKTIVEN JAHREN



SO HELFEN PARITÄTER*INNEN

KINDER VON MORIA

Anfang April hat es die Frühlingssonne oft noch schwer, sich gegen den dichten Nebel auf dem Essenerberg durchzusetzen. Der Berg, eine Erhebung am Rande von Bad Essen, liegt in einer Gemeinde im Osten des Landkreises Osnabrück im Wittlager Land. Dort leben rund 16.000 Einwohner*innen. Auf den Berg führt eine breite asphaltierte Straße hinauf, mündet auf halber Höhe in einen Parkplatz, um dahinter zu „Charly’s Kinderparadies“, eine Kindertageseinrichtung mit Familienzentrum, zu führen. Direkt gegenüber liegt die Familienferienstätte „Haus Sonnenwinkel“. Beide Einrichtungen sind in der Trägerschaft des Verbundes sozialer Dienste gGmbH, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen Landesverbandes Niedersachsen. Das Haus Sonnenwinkel verfügt über 70 Betten für Familien, die ins Wittlager Land reisen, um sich dort zu erholen und die zahlreichen Bildungs- und Freizeitangebote zu nutzen.

Eigentlich sollte auf dem Berg um diese Jahreszeit ein reges Kommen und Gehen von Familien und Mitarbeiter*innen herrschen, sollten Eltern ihre Kinder in die Kita bringen oder abholen, die Gäste aus der Familienferienstätte einen ausgedehnten Spaziergang in die reizvolle Landschaft unternehmen oder sich den Herausforderungen des nahegelegenen Hochseilgartens stellen.

Aber in dieser Zeit, an diesen Tagen, ist nichts „normal“. Es herrscht eine gespenstige Ruhe auf dem Essenerberg. Erst vor wenigen Tagen hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Corona-Ausbruch zur Pandemie erklärt, wurde in Deutschland der Lockdown ausgerufen und hat damit das soziale, öffentliche und wirtschaftliche Leben nahezu zum Erliegen gebracht. Viele Länder in Europa haben die Grenzen zu ihren Nachbarn geschlossen, fokussieren ihre Politik vorrangig auf die Bekämpfung des Virus und seiner Folgen im eigenen Land. Not und Elend anderer Menschen auf dieser Welt werden vom Corona-Virus an den Rand des medialen und öffentlichen Interesses gedrängt.

Auch in Deutschland sind viele Träger sozialer Infrastruktureinrichtungen vom Lockdown direkt betroffen, stellen ihre Betriebe, wo immer es geht, auf Notbetreuung um oder schließen ihre Einrichtungen ganz. Vielerorts gehen Träger und Einrichtungen auf die jeweiligen örtlichen Kostenträger zu und verhandeln neu, um ihre Leistungen und Angebote zu erhalten und auch nach dem Lockdown den Menschen zur Verfügung zu stellen. Hiervon ist auch die Familienferienstätte auf dem Essenerberg betroffen. Bereits in den ersten Tagen nach dem Lock-



down erreichen die Einrichtung Buchungsstornierungen in einem bisher nicht vollstellbarem Ausmaß. Das stellt die Existenz der Einrichtung infrage und lässt Forderungen an die Politik laut werden.

Früh war die Bereitschaft zu helfen da

Aber es sind gerade die gemeinnützigen Träger, die nicht nur ihre Erwartungen an Hilfe und Unterstützung durch die Politik formulieren, sondern auch im Lockdown ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen. Dabei geht es um mehr als nur den Erhalt des eigenen Geschäftsbetriebs. Es geht im Kern auch um die Frage des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft und der in diesen Zeiten so wichtigen Solidarität mit den Menschen, die hier und andernorts Hilfe und Unterstützung brauchen. Bereits früh bekundet der Träger gegenüber dem Landkreis die Bereitschaft, kurzfristig zu helfen und die Familienferienstätte für andere Nutzungen zur Verfügung zu stellen, wie etwa dem Schutz und der Zuflucht von Frauen und deren Kindern, die von Gewalt betroffen sind. Aber es sind nicht die von Gewalt betroffenen Frauen, die kurzfristig in der Familienferienstätte aufgenommen werden. Es sind unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Moria, einem griechischen Flüchtlingslager im Landesinneren der ostägäischen Insel Lesbos nahe der Ortschaft Moria in der Gemeinde Mytilini. In dem für 2.800 Personen konzipierten Lager leben zeitweilig bis zu 20.000 Menschen. Es ist damit das größte Flüchtlingslager in Europa, in dem katastrophale Zustände herrschen.

Nur ein Tag liegt zwischen Anfrage durch das örtliche Jugendamt des Landkreises Osnabrück und der Zusage durch den Träger. Nach kurzer Rücksprache mit seinen Mitarbeiter*innen erklärt er sich bereit, rund 50 Kinder und Jugendliche für eine zweiwöchige Quarantäne im Haus Sonnenwinkel aufzunehmen, bevor sie über das ganze Land verteilt werden. Nach Vorlage des Konzeptes für die Aufnahme und den Betrieb



der Einrichtung und dessen Prüfung durch das Landesjugendamt, wird eine Betriebslaubnis erteilt. Es kann losgehen. Alle, Land, Kommune und freier Träger ziehen an einem Strang, geben alles, um diesen 50 Kindern und Jugendlichen aus Moria in Deutschland einen guten Start zu ermöglichen. Und dann geht alles ganz schnell. Am 11. April werden die verantwortlichen Mitarbeiter*innen zusammengerufen, wird aus Fachbereichsleiter*innen der Pädagogik, den Hausmeister*innen und den Leitungskräften der Familienferienstätte ein Team gebildet. Jeder erhält seine Aufgabe. Das Haus muss wiedereröffnet, die Fachkräfte reaktiviert werden. Wer mithilft, tut das freiwillig, ein Zwang verbietet sich.

Auf Erfahrungen zurückgreifen können

Die Mitwirkungsbereitschaft unter der Mitarbeiterschaft des Trägers ist überwältigend. Schnell steht hierfür ein fachkompetentes, multiprofessionelles Team aus 50 erfahrenen Mitarbeiter*innen und ehrenamtlichen Kräften zur Verfügung, die die Betreuung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge übernehmen. Für den Träger ist es in dieser Situation von Vorteil, dass er auf Erfahrungen aus der Begleitung und Betreuung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in 2015/2016 zurückgreifen kann. Die seither bestehenden Kontakte zu drei dieser jungen Menschen, die längst in Deutschland integriert sind, erweist sich jetzt als Glücksfall. Spontan bieten sie ihre Hilfe an, stehen für Übersetzungen und Fragen zur Verfügung und verbringen viel Zeit mit den Neuankömmlingen. Lange ist nicht bekannt, wer die Kinder und Jugendlichen aufnehmen wird, wo sie untergebracht werden. Das mediale Interesse ist groß, es sind die ersten Kinder, die aus dem griechischen Lager nach Deutschland geholt werden. Dennoch soll der Ort der Aufnahme erst einmal unbekannt bleiben. Die Kinder und Jugendlichen sollen in Ruhe ankommen können. Der Paritätische Kreisverband startet Aufrufe zu Kleider- und Sachspen-

den. Spenden kommen auch vom Ortsverband des Deutschen Roten Kreuzes sowie vom Freundeskreis Tabita e. V. aus Bad Essen. Andere Träger und Fachkräfte unterstützen das Team in der Trauma-Arbeit. Verschiedene Ärzte vor Ort bieten an, einen ersten Gesundheitscheck bei den erwarteten Kindern und Jugendlichen vorzunehmen, den Impfstatus und den weiteren Behandlungsbedarf zu klären.

Umfangreiches Angebot wird geboten

Am 18. April ist es dann soweit, 46 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen acht und siebzehn Jahren erreichen die Einrichtung. Sie werden in neun Kleingruppen eingeteilt, bekommen feste Ansprechpartner, erkunden das Gelände und beziehen ihre Zimmer. Bis zu 20 Fachkräfte kümmern sich gleichzeitig vor Ort um die Belange der Kinder und Jugendlichen. Die Fachkräfte arbeiten mit Bildern und Farben, um ihnen die Orientierung in den Gruppen und im Haus zu erleichtern. Auf jedem Bild ist der Name, das Geburtsdatum, die Gruppe und das Zimmer notiert. Zudem erfolgt ein Abgleich der medizinischen Unterlagen im Beisein des Kindes oder Jugendlichen. Irrtümer bei der Schreibweise der Namen können korrigiert werden. Die Kinder und Jugendlichen erhalten vom ersten Tag an freiwillige und verpflichtende Angebote. Das soll ihnen die Eingewöhnung erleichtern und den Kontakt untereinander und zum Fachpersonal fördern. Über Sport, Freizeit und konkrete Kursangebote lernen sie die deutsche Sprache rhythmisch und spielerisch kennen. Die Kurse sind dabei kein Unterricht im klassischen Sinne, sondern kleinere Übungen. Sie unterstreichen die Bedeutung von Sprache für ihre Integration in Deutschland. Rundfunk und Fernsehen werden für diesen ersten Kontakt mit der deutschen Sprache hingegen nicht genutzt. Wie verstört und traumatisiert diese Kinder und Jugendlichen sind, zeigt sich bei zahlreichen Gelegenheiten. Die Kinder haben ein hohes Sicherheitsbedürfnis. In vielen Zimmern muss das Licht auch in

der Nacht brennen, suchen Kinder zum Schlafen die Nähe von Geschwistern, Verwandten oder Freunden. Gewohnheiten aus dem Lager, wie auch nachts in den Alltagssachen zu schlafen, können nur behutsam und langsam durch das Fachkräfteteam verändert werden. Der Mangel an Nahrung und sauberem Wasser gehört zu den alltäglichen Erfahrungen der Menschen in Moria. Im Haus Sonnenwinkel erleben die Kinder und Jugendlichen erst wieder, was es bedeutet, so viel essen zu können, wie man mag oder einfach nur satt zu sein.

Pflaster und Trauma

Viele der geflüchteten Kinder brauchen medizinische Versorgung, sind von den oft jahrelangen Entbehrungen auf der Flucht und in Moria gezeichnet. Viele Arztbesuche sind notwendig, Verbandsmaterial und Pflaster werden reichlich gebraucht. Wie wichtig auch die Begleitung von Traumapädagogen sowohl für die Kinder als auch die Mitarbeiter*innen ist, zeigt sich bereits nach wenigen Tagen. Die traumatischen Erlebnisse können erst dann offenbart werden, wenn sich ein Gefühl der Geborgenheit und Sicherheit einstellt. Dass sich die Kinder und Jugendlichen bereits nach wenigen Tagen ihren Betreuer*innen öffnen und von dem Erlebten berichten können, zeigt einmal mehr, wie fachlich kompetent das Team vor Ort arbeitet.

Nach zwei Wochen Quarantäne werden die ersten Kinder und Jugendlichen auf andere Bundesländer und Landkreise verteilt. Das Team wird sukzessive verkleinert, bis das letzte Kind das

Haus Sonnenwinkel auf dem Essenerberg wieder verlassen hat. Was bleibt, sind Eindrücke und Erfahrungen, die von Trägern und Fachkräften für die eigene Arbeit nutzbar gemacht oder an andere weitergegeben werden. Was ebenso bleibt, ist das Gefühl, in Zeiten von Corona über die eigene soziale Arbeit und das große persönliche Engagement aller Beteiligten ein kleines Zeichen der Menschlichkeit und Solidarität mit den Kindern aus Moria geleistet und damit gute Paritätische Tradition gelebt zu haben.

Marion von zur Gathen
ist Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit

WIE IST ES WEITERGEGANGEN?

Die Kinder und Jugendlichen sind über das ganze Bundesgebiet verteilt. Nur zu einigen wenigen bestehen noch Kontakte. Soweit es bekannt ist, geht es diesen Kindern und Jugendlichen gut. Alle Mitarbeiter*innen sind wieder in ihre Einrichtungen zurückgekehrt, haben dort ihre Arbeit wieder aufgenommen. Das Haus Sonnenwinkel wird jedoch zum Jahresende seinen Betrieb einstellen. Leider ist es nicht geglückt, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen neben dem Bund auch durch das Land gefördert zu bekommen.



Ein bisher selten beleuchtetes Kapitel des Paritätischen Gesamtverbandes sind seine sportlichen Aktivitäten, so wie die regelmäßigen Drachenbootrennen des Paritätischen Teams in den Nullerjahren. Hier sind die Kolleg*innen im Juni 2008 in Gatow zu sehen, wo sie einen soliden 23. Platz belegten. Ein Hauptgeschäftsführer des Verbandes, der anonym bleiben möchte, weiß zu berichten, dass die sportlichen Erfolge der Drachenbootrennen nie überragend waren. Aber das war auch eher zweitrangig.

DREI FRAGEN AN TIM ELLMER, GESCHÄFTSFÜHRER BEIM VERBUND SOZIALER DIENSTE GMBH

Tim Ellmer ist einer von zwei Geschäftsführern des Verbundes Sozialer Dienste in Bad Essen und war wesentlich an der Unterbringung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen im Haus Sonnenschein beteiligt.

Herr Ellmer, Sie haben sehr spontan schon vor längerer Zeit geflüchtete Kinder aus dem Lager Moria in Ihrer Einrichtung aufgenommen. Was hat für Sie den Impuls gegeben, so schnell zu helfen?

Wenn wir nicht bereit gewesen wären, hätten sie noch länger für unbestimmte Zeit in diesen Lagern ausharren müssen. Je schneller die Menschen aus diesen menschenunwürdigen Zuständen herauskommen, desto besser ist es für sie. Die Anfrage hatte uns am Karfreitag erreicht. Heinrich Mackensen und ich haben als Geschäftsführung gemeinsam die Entscheidung getroffen, denn diese große Aufgabe war nur durch den gesamten Verbund zu bewältigen. Ein Vorteil war, dass ein Großteil unserer pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu diesem Zeitpunkt aufgrund des „Corona-Lockdowns“ nicht den eigentlichen Aufgaben nachgehen konnte und zu Hause bleiben musste. Die freiwillige Bereitschaft, in dieser besonderen Situation helfen zu wollen, war überwältigend. Bis zu der Ankunft der Kinder, acht Tage nach der Anfrage, hatten wir ein Team von etwa 50 Fachkräften zusammengestellt. Sie haben Außergewöhnliches geleistet! Unsere Familienferienstätte Haus Sonnenwinkel durfte damals keine Gäste beherbergen und war somit frei, um hier die Kinder für zwei Wochen unterzubringen. Die Voraussetzungen für die Aufnahme und Betreuung der Kinder waren also gegeben.

Unser Netzwerk vor Ort hat ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt. Wir wussten, dass wir uns auf die schnelle und unkomplizierte Hilfe unserer Kooperationspartner, vor allem aus dem Wittlager Land, verlassen können. Dank unseren Mitarbeitern sowie unserem Netzwerk können wir stolz auf diese Zeit zurückblicken.

Mit welchen Problemen der Kinder und Jugendlichen wurden Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konfrontiert? Wie geht es den jungen Menschen heute?

Fast alle haben auf ihrer Flucht oder in den Lagern Gewaltbeziehungsweise Missbrauchserfahrungen gemacht. Diese Traumata sind nach wenigen Tagen hervorgekommen. Hinzu kommt die Verwahrlosung: Krätze oder Läuse bleiben nach Monaten auf der Flucht oder Jahren in solchen Lagern nicht aus.

So gut wie alle Kinder und Jugendlichen hatten zudem eine gewisse innere Unruhe. Auf der Flucht und in den Lagern ist es laut, überall lauern Gefahren. Sie waren daher in ständiger Alarmbereitschaft, haben über Nacht das Licht angelassen und in Straßenkleidung geschlafen.



Bei den Mahlzeiten haben sie sich den Teller zunächst viel zu voll gemacht. Hierzu muss man wissen, dass sie in den Lagern stundenlang für eine Mahlzeit anstehen mussten – und wenn sie Pech hatten, war schon alles weg, wenn sie an der Reihe waren. Sie haben dann aber verstanden, dass genug für alle da und ein Nachschlag möglich ist. Auch bei der Kleiderausgabe hatten sie die Befürchtung, dass nicht genug für alle da sein könnte.

Während sie in unserer Obhut waren, begann zudem der Fastenmonat Ramadan. Unser Teamleiter Ümit Turunc hatte deshalb den örtlichen Imam eingeladen. Er hat ihnen erklärt, für wen welche Regeln in dieser Zeit gelten, aber auch deutlich gemacht, dass niemand zum Fasten gezwungen werden soll.

Weitere Probleme waren die wenigen Konflikte zwischen den Nationalitäten und die Kontaktaufnahme mit Familienangehörigen. Manche Mitarbeiter sind über Messenger oder soziale Netzwerke mit einigen Jugendlichen in Kontakt geblieben. Es geht ihnen gut soweit wir wissen. Es gibt außerdem eine WhatsApp-Gruppe mit ehemaligen unbegleiteten minderjährigen Ausländern aus Afghanistan, die wir 2015 aufgenommen hatten. Die neuen Kinder stellen ihnen viele Fragen zum Leben in Deutschland. Unser Team würde die Mädchen und Jungen gerne noch einmal treffen und mit ihnen über ihre ersten Erfahrungen sprechen.

Wie haben Sie die Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria im September diesen Jahres erlebt?

Diese Debatte war schon vor dem Brand schwer zu ertragen, nicht nur weil wir aus erster Hand erfahren haben, wie menschenunwürdig die Zustände in diesen Lagern sind. Meiner Meinung nach wäre Deutschland in der Lage, einen Großteil der geflüchteten Menschen aus Moria aufzunehmen – eine vernünftige Integrationspolitik vorausgesetzt. Die Frauen, Männer und Kinder leben in diesen überfüllten Lagern ständig in Angst und kämpfen täglich um das Überleben. Die Berichte und Bilder von den Inseln machen mich sprachlos. In der Öffentlichkeit werden aber leider nur die Risiken und Kosten diskutiert, nicht aber die Chancen, die mit der Aufnahme einhergehen würden.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

UNSER PARITÄTISCHES ALPHABET



...wie Armutsbericht.

Seit 1989 veröffentlicht der Verband jährlich seinen Bericht zum Stand der Armut in Deutschland.



...wie Bündnisarbeit.

Der Paritätische ist als Partner in zahlreichen Bündnissen beteiligt, unter anderem bei #unteilbar.



... wie Cool.

Das versuchen wir immer zu bleiben, auch wenn es viel gibt, über was man sich ärgern kann.



...wie Dachverband.

Das sind wir und wir vereinen über 10.700 Mitglieder unter diesem Dach.



...wie Einkaufsvorteile.

Unsere Rahmenverträge sichern unseren Mitgliedern günstige Konditionen!



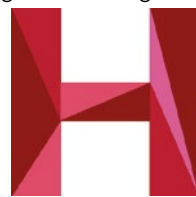
...wie Forschungsstelle.

Dort werden im Haus interessante Zahlen errechnet wie jüngst, dass mit 644 Euro Regelsatz die relative Einkommensarmut abgeschafft wäre.



...wie Gleichheitszeichen.

Das zentrale Element unseres aktuellen Logos und Verbildlichung von Parität, der Gleichwertigkeit von Ungleichem.



...wie Haltung.

Es ist wichtig, diese in Zeiten des Rechtspopulismus zu haben.



...wie Inklusion.

Ein wichtiges Anliegen des Verbandes und seiner zahlreichen Mitglieder aus der Behindertenhilfe.



...wie Jugend.

Ein weiteres wichtiges Thema für uns ist die Jugendförderung.



... wie Kampagnen.

Die Kampagnenarbeit ist seit Juli bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.



... wie Lobbying.

Der Paritätische ist auch eine Lobbyorganisation, allerdings nicht für große Firmen und die Wirtschaft, sondern für die Belange von Benachteiligten.



...wie Menschenrechte.

Die waren das Thema unserer Jahreskampagne „Mensch, du hast Recht!“



...wie Nachhaltigkeit.

Ein wichtiges Ziel auch beim Paritätischen.



...wie Oranienburger Straße.

Hier befindet sich im Herzen von Berlin unsere Geschäftsstelle, unweit vom Hackeschen Markt.

P

... wie Publikationen.

Regelmäßig bringen wir Broschüren, Handreichungen und Expertisen für unsere Mitglieder heraus. Im Jahr 2019 waren es 20.

Q

...wie Queer.

Ein relativ neuer Begriff, welcher durch zahlreiche queere Mitgliedsorganisationen auch bei uns vertreten wird.

R

...wie Referent*innenrunde.

Jeden Montag zwischen 11 und 12 tauschen sich unsere Fachreferent*innen aus.

S

...wie Social Media.

Der Paritätische ist auf Facebook, Twitter, YouTube und Instagram aktiv.

T

... wie Toleranz.

Einer der geliebten Werte beim Paritätischen. Ausgenommen sind nur Menschen, die selbst intolerant sind.

U

... wie Überregionale Mitglieder.

Davon hat der Paritätische 150.

V

... wie Vielfalt ohne Alternative.

Unsere Kampagne gegen Rassismus.

W

... wie Wir sind Parität.

Noch eine Kampagne. Unsere Kampagne, die unsere Mitglieder vernetzt.

X

...wie Xylophon.

Das spielt bei uns keiner

Y

...wie Yeah!

da fällt mir auch nichts ein, leider.

Z

... wie Zahlen.

Die findet ihr auf Seite 11.

Philipp Meinert
(mit Unterstützung)

Dienstleister

Ihr Verband, Ihre Einkaufsvorteile. Sparen durch Paritätische Rahmenverträge

Der Paritätische Gesamtverband verhandelt mit Großhandel, Herstellern und Dienstleistern Sonderkonditionen, damit alle Mitgliedsorganisationen für ihre täglichen Beschaffungen Geld sparen können. Ziel ist es, durch die Bündelung des großen Einkaufsvolumens, exklusive Preisvorteile für die vielschichtigen sozialen Einrichtungen innerhalb unseres großen Verbandes bei den Lieferanten zu erreichen. Darüber hinaus werden ebenso die Einkaufsprozesse auf die Belange unserer Strukturen berücksichtigt und entsprechend angepasst, damit die Nutzung der Rahmenverträge einfach ablaufen können.

Unsere Rahmenverträge sind so aufgebaut, dass bereits ab der ersten Bestellung attraktive Sonderkonditionen greifen und das auch, wenn eine Mitgliedsorganisation kein großes Einkaufsbudget zur Verfügung hat. Es stehen Ihnen derzeit 186 Rahmenvertragspartner im Einkaufsportale des Paritätischen Gesamtverbandes zur Nutzung bereit unter

<http://www.der-paritaetische.de/service/einkaufsvorteile-rahmenvertraege>.

Diese werden in folgende Rubriken unterteilt: Mobilität, Dienstreisen, Objekteinrichtung und Ausstattung, Hauswirtschaft und Hygiene, IT und Bürobedarf sowie Vorteile für Mitarbeitende.

Viel Spaß beim Stöbern.



Deutsche Fernsehlotterie: Bewerbung um Fördermittel bald digital möglich

Die Bewerbung um eine Förderung aus Mitteln der Deutschen Fernsehlotterie erfolgt ab dem 5. Oktober 2020 ausschließlich auf digitalem Weg. Dann geht das Förderportal der Stiftung Deutsches Hilfswerk an den Start, welche die von der Soziallotterie eingespielten Zweckerträge bundesweit an soziale Projekte vergibt. Über das digitale System können gemeinnützige Organisationen im Vorfeld der zweimal im Jahr stattfindenden Vergabe-sitzungen Fördermittelbewerbungen einreichen.

„Das Förderportal erleichtert den Bewerbungsprozess vor allem durch seine Nutzerfreundlichkeit“, betont Christian Kipper, Geschäftsführer der Deutschen Fernsehlotterie und der Stiftung Deutsches Hilfswerk. Beispielsweise erlaube das System, die Arbeit an einer Bewerbung zu unterschiedlichen Zeitpunkten wiederaufzunehmen, da sie stets im aktuellen Stand vorgehalten werde. Auch sei nun eine effizientere Kommunikation zwischen För-

dermittelbewerber und Stiftung möglich. „Darüber hinaus bietet das Portal allen Fördermittelbewerbern dieselben Voraussetzungen zur Darstellung ihrer Projekte. Denn indem wir ein größeres Maß an Transparenz schaffen, werden wir auch den wachsenden Erwartungen gerecht, die unsere Mitspielerinnen und Mitspieler sowie unsere Förderpartner an unsere Arbeit haben.“



Das Förderportal wird über die Homepage der Stiftung aufzurufen sein (www.deutsches-hilfswerk.de). Dort gibt es bereits jetzt Informationen, wie sich Organisationen auf die Bewerbung im neuen System vorbereiten können. Der nächste Bewerbungszeitraum endet am 22. Januar 2021. Nach Prüfung durch das Stiftungs-

büro entscheidet der Stiftungsvorstand in seiner Frühjahrssitzung am 4. Mai 2021 über die eingegangenen Bewerbungen. Weiterführende Fragen zu Fördermöglichkeiten und zur Bewerbung um Fördermittel beantwortet das Stiftungsteam per E-Mail an info@deutsches-hilfswerk.de oder in den auf der Stiftungshomepage veröffentlichten telefonischen Sprechzeiten.

Mit den durch den Losverkauf der Deutsche Fernsehlotterie eingespielten Zweckerträgen fördert die Stiftung Deutsches Hilfswerk bundesweit soziale Projekte, die das solidarische Miteinander in Deutschland stärken. Satzungsgemäße Aufgabe der Stiftung ist die Förderung sozialer zeitgemäßer Maßnahmen und Einrichtungen aller Art, insbesondere solcher mit Modellcharakter. Im Jahr 2019 konnten 47,5 Millionen Euro für 368 Projekte bereitgestellt werden. In ihrem Online-Magazin „Du bist ein Gewinn“ (www.fernsehlotterie.de/magazin) gibt die Deutsche Fernsehlotterie Einblicke in geförderte Projekte und stellt Menschen vor, die sich sozial engagieren.

Schutzbedarf & Desinfektion

Versandkostenfrei

5% Zusatzrabatt

Code: PAR5 *

Gültig bis 31.12.2020

www.satiata-paritaet.de



-5%

*Den Aktionscode im Online Bestellprozess oder bei Bestellung via Mail/Telefon angeben. Kein Mindestbestellwert, gültig bis 31.12.2020. Passwort für Online Shop: PARSAT

MARKEN KAUFEN. MENSCHEN HELFEN

So einfach es klingt, so einfach ist es tatsächlich auch. Denn mit Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken leistet jeder verschickte Brief und jede versendete Postkarte mit dem erzielten Erlös des Zuschlags einen Beitrag zur Unterstützung sozialer Projekte und Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Das Spektrum ihrer Arbeit reicht dabei von Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe sowie Gesundheits- und Familienhilfe über soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke bis hin zur internationalen Katastrophenhilfe.

Das „Porto mit Herz“ sorgt dafür, dass Briefe schreiben auch in Zeiten digitaler Kommunikation nichts an Bedeutung und Aktualität verliert. Der Bezug der Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken erfolgt für Mitgliedsorganisationen zum reinen Portowert über das Wohlfahrtsmarken – Vertriebszentrum des Paritätischen Gesamtverbandes. Das Ganze auf Rechnung und versandkostenfrei. Der beim Verkauf durch die Mitgliedsorganisation erzielte Zuschlagserlös von bis zu 55 Cent pro Briefmarke verbleibt zu 100% bei ihr.

Zum diesjährigen Motiv:

„Das Licht scheint in der Finsternis ... und wir sahen seine Herrlichkeit, eine Herrlichkeit als des eingeborenen Sohnes vom Vater, voller Gnade und Wahrheit.“ So heißt es im 1. Kapitel des Johannesevangeliums. Mit dem Symbol von Licht und Finsternis wird die frohe Botschaft von Weihnachten zusammengefasst. Auch mit unseren Bräuchen zur Advents- und Weihnachtszeit geben wir dem Ausdruck: „Das Licht scheint in die Finsternis.“

„Mit Licht gemalt.“ So sagt man auch von Kirchenfenstern. Sie unterscheiden sich von aller anderen Malerei dadurch, dass sie einzig und allein durch das hindurchscheinende Licht ihre Wirkung entfalten. So verdeutlichen sie schon als solche den Inhalt der Weihnachtsbotschaft. Erst recht geschieht das,

wenn sie unmittelbar die biblische Erzählung von der Geburt Jesu Christi darstellen.

Das Motiv des Sonderpostwertzeichens zu Weihnachten 2020 bildet einen Ausschnitt aus dem großen Portalfenster der Pfarrkirche St. Katharina in Bad Soden am Taunus ab. Das Fenster ist eines der frühesten Werke von Johannes Beeck (1927 – 2010) aus Mönchengladbach. Er schuf in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Fenster für über 360 Kirchen, Kapellen und Profanbauten im In- und Ausland. Gefertigt wurde das Fenster von der Firma Gustav Schröder in Frankfurt. Es besteht aus rund 13000 einzelnen Glasstücken, die in 59 Feldern zu einem farbenprächtigen Bild zusammengefügt sind. Das Motiv mit der Geburt Christi ist das erste im inneren – dem neutestamentlichen – Bilderzyklus, der gleich links neben dem Hauptportal beginnt.

Pfarrer Alexander Brückmann an St. Katharina /
Oberkirchenrat Joachim Ochel, EKD



Die Marken können auf
www.wohlfahrtsmarken.paritaet.org bestellt werden

MIT UNION GUT VERSICHERT

Gebäude- und Haftpflichtversicherung, Rechtsschutz- und Kfz-Versicherung – da kommt einiges an Kosten zusammen. Auch hier können Vereine und Einrichtungsträger von der Mitgliedschaft im Paritätischen profitieren. Der Verband ist Gesellschafter des UNION Versicherungsdienstes, der Mitgliedsorganisationen den notwendigen Versicherungsschutz zum bestmöglichen Preis Leistungsverhältnis vermittelt. Der UNION Versicherungsdienst kann für eine Vielzahl von Mitgliedsorganisationen mit unterschiedlichsten Versicherern besonders günstige Konditionen aushandeln. Er ist ein freier Makler und im Auftrag des Paritätischen tätig. Demzufolge ist er nicht an eine bestimmte Versicherung gebunden, sondern Mitgliedsorganisationen können aus einer Vielzahl von Angeboten unterschiedlichster Gesellschaften das günstigste aussuchen. Die Passfähigkeit wird zudem regelmäßig



mit dem Paritätischen in einem Beirat aus Landesverbänden und überregionalen Mitgliedsorganisationen abgeglichen. UNION ist bereits seit 1961 für den Paritätischen tätig.

AUF EINEN BLICK

UNSERE PARITÄTISCHEN LANDESVERBÄNDE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Zum Brook 4
24143 Kiel
Tel.: 0431 - 56 02 0
info@paritaet-sh.org

HAMBURG

Wandsbeker Chaussee 8
22089 Hamburg
Tel.: 040 - 41 52 01 0
info@paritaet-hamburg.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin
Tel.: 0385 - 59 22 10
info@paritaet-mv.de

NIEDERSACHSEN

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover
Tel.: 0511 - 52 486 0
landesverband@paritaetischer.de

BREMEN

AuÙer der SchleifmÙhle 55 - 61
28203 Bremen
Tel.: 0421 - 79 199 0
info@paritaet-bremen.de

BERLIN

Brandenburgische Str. 80
10713 Berlin
Telefon: 030 - 8 60 01 0
info@paritaet-berlin.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Loher StraÙe 7
42283 Wuppertal
Tel.: 0202 - 28 22 0
mail@paritaet-nrw.org

SACHSEN-ANHALT

Wiener Str. 2
39112 Magdeburg
Tel.: 03 91 - 6 29 33 33
info@paritaet-lsa.de

BRANDENBURG

TornowstraÙe 48
14473 Potsdam
Tel.: 0331 - 28 497 0
info@paritaet-brb.de

RHEINLAND-PFALZ/SAARLAND

Feldmannstr. 92
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681 - 92 660 0
info@paritaet-rps.org

HESSEN

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main
Tel.: 069 - 95 52 62 0
E-Mail: info@paritaet-hessen.org

SACHSEN

Am Brauhaus 8
01099 Dresden
Tel: 0351 - 828 71 0
info@parisax.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

HauptstraÙe 28
70563 Stuttgart
Tel.: 0711 - 2155 0
info@paritaet-bw.de

THÜRINGEN

BergstraÙe 11
99192 Nesse-Apfelstädt
Tel.: 036202-26 0
info@paritaet-th.de

BAYERN

Charles-de-Gaulle-StraÙe 4
81737 München
Tel.: 089 - 30 611 0
info@paritaet-bayern.de

ROSENBRÖCK UNTERWEGS

Unser Vorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Mitte) war im September zu Gast bei der Arbeitsgemeinschaft Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Fraktion im Bundestag. In seinem Vortrag betonte er, dass die Corona-Epidemie die ohnehin schon sehr große sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen auf drei Wegen verstärkte: Arme Menschen infizieren sich häufiger, weil sie öfter unter hygienisch prekären Bedingungen wohnen und arbeiten und können öfter einen schweren oder gar tödlichen Verlauf erwarten, weil sie häufiger an Vorerkrankungen leiden. Und die Folgen der Pandemie, v. a. Arbeitslosigkeit nach Auslaufen des Kurzarbeitergeldes trifft auch häufiger Menschen aus den unteren Sozialschichten.

Im Bild zu sehen außerdem die Abgeordneten Michael Schrodi und Hilde Mattheis.



Rentenpolitik: Paritätischer fordert Abschaffung der Riester-Rente

Scharfe Kritik übt der Paritätische Wohlfahrtsverband an dem Vorhaben der Bundesregierung, das gescheiterte Modell der Riester-Rente durch diverse Einzelmaßnahmen zu reformieren. Notwendig ist nach Ansicht des Verbandes stattdessen ein grundsätzlicher rentenpolitischer Kurswechsel, mit dem die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und armutsfest gemacht wird.

„Riester ist gefloppt und ein rentenpolitischer Zombie, der auch nicht dadurch reanimiert werden kann, dass man schlechtem Geld noch gutes Steuergeld hinterher wirft“, kritisierte Ulrich Schneider die im Oktober öffentlich gewordenen Pläne der Union, die Riester-Förderung durch höhere Steuerzuschüsse auszuweiten und damit faktisch unrentable Produkte bzw. Anlagen staatlich zu fördern. „Selbst eine noch so gute Bezuschussung durch Steuergeld ändert nichts daran, dass das Riester-Modell nur einen richtigen Gewinner kennt, und das ist die Versicherungswirtschaft.“

Der Paritätische fordert die Abschaffung der Riester-Rente, das heißt die sofortige Einstellung jeglicher Förderung neuer Vertragsabschlüsse, und einen rentenpolitischen Kurswechsel. Die gesetzliche Rentenversicherung müsse stabilisiert werden u.a. durch den konsequenten Ausbau zu einer Erwerbstätigenversicherung, die endlich alle Erwerbstätigen, also auch Beamt*innen, Politiker*innen und Selbständige, einbezieht. Der Verband fordert zudem eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. „Die gesetzliche Rentenversicherung ist das pulsierende Herzstück des deutschen Sozialstaats und ein Erfolgsmodell. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung einsieht, dass die Versuche zur Privatisierung des Rentenrisikos allesamt weitgehend gescheitert sind. Statt in die private Versicherungswirtschaft zu investieren, muss die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und endlich armutsfest gemacht werden“, so Schneider.

Gemeinsames Statement zu Asyl- und Migrationspakt der EU-Kommission

Der Europäische Flüchtlingsrat (ECRE) hat zusammen mit dem Paritätischen Gesamtverband und einem breiten Bündnis 70 weiterer Verbände und Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa eine erste Einschätzung des Migrations- und Asylpakts der EU Kommission aus Sicht der Zivilgesellschaft veröffentlicht. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass weniger der Schutz und die Aufnahme von Asylsuchenden, sondern vielmehr der Schutz europäischer Grenzen und das Thema Rückführung im Fokus des Paktes stehen. Den von der Kommission angekündigten „Neustart“ der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wird der vorgelegte Pakt nach Einschätzung der Organisationen nicht einläuten. Anstatt mit den Fehlern des bisherigen EU-Ansatzes zu brechen und einen echten Neuanfang zu wagen, laufe der Pakt Gefahr, den schon jetzt bestehenden Fokus auf die Auslagerung, Abschreckung, Abschottung und Rückführung von Schutzsuchenden noch zu verschärfen. In dem gemeinsamen Statement werden zahlreiche konkrete Forderungen zur Nachbesserung for-

muliert, die in den anstehenden Verhandlungen zum Pakt berücksichtigt werden sollen. Empfohlen wird u.a. migrationsbezogene Haft zu beenden und die Inhaftierung von Kindern in diesem Kontext zu verbieten; eine Neujustierung der Reformvorschläge mit dem Fokus auf dem Ausbau von Asyl- und Menschenrechtsstandards – und nicht auf der Rückführung sowie die obligatorische Anwendung von Asyl- oder Rückführungsverfahren an den Grenzen abzulehnen: Es handle sich um Verfahren unterhalb bestehender Standards, die die Garantien für Antragsteller*innen verringern, zu mehr Haft führen und den derzeitigen Mangel an Solidarität in Europa noch verschärfen, indem sie den Mitgliedstaaten an der Außengrenze mehr Verantwortung übertragen, warnen die Organisationen. Auch die Forderung nach einer erheblichen Ausweitung sicherer und legaler Zugangswege nach Europa und nach einer Beendigung der Kriminalisierung und Behinderung ziviler Seenotrettung und sonstiger ziviler Unterstützungsangebote finden sich in dem Papier wieder.

Übernahme der Stromkosten für Grundsicherungsbeziehende gefordert

Die aktuellen Zahlen zu im Jahr 2019 durchgeführten Stromsperren nimmt der Paritätische Wohlfahrtsverband zum Anlass, seine Forderung nach einer Totalreform von Hartz IV zu unterstreichen: Strom dürfe künftig nicht mehr im Regelsatz pauschaliert erfasst werden, sondern müsse wie Miete und Heizkosten übernommen werden, fordert der Verband. Darüber hinaus sollen nach Vorstellungen des Verbandes größere Anschaffungen (z.B. Kühlschrank, Waschmaschine) als einmalige Leistungen zusätzlich finanziert werden und der Regelsatz selbst deutlich angehoben werden, um wirklich alle Bedarfe des täglichen Lebens zu decken.



Eine Stromabschaltung bedeute für viele Menschen, keine Möglichkeit zur Warmwasserbereitung, zum Kochen oder sogar zum Heizen zu haben. Gerade bei kleinen Kindern, alten, kranken oder behinderten Menschen sei diese Praxis überhaupt nicht hinnehmbar, kritisiert der Paritätische. Auch wenn die meisten Energieversorger derzeit während der Corona-Pandemie vorübergehend auf das Verhängen neuer Stromsperren verzichten, fehle noch immer eine dauerhafte Lösung für das Problem. „Stromsperren sind in unserer modernen Gesellschaft barbarisch. Energie gehört wie ein Dach über dem Kopf zum Existenzminimum“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Stromkosten lassen sich nicht pauschalieren und haben daher nichts im Regelsatz zu suchen. Klar und konsequent wäre es, wenn auch die Stromkosten genau wie die Heizkosten in tatsächlicher Höhe übernommen würden.“

Notwendig ist darüber hinaus aus Sicht des Verbandes eine deutliche Anhebung der Regelsätze. Nach Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle müsste ein armutsfester Regelsatz 644 Euro (für alleinlebende Erwachsene) betragen. Bei den Berechnungen sind die umstrittenen und auch bereits von anderen kritisierten statistischen Manipulationen im Regelsatz herausgerechnet. Die direkten Mehrkosten zur Umsetzung des Vorschlags werden auf 14,5 Milliarden Euro geschätzt.

Der Paritätische begrüßt vor diesem Hintergrund die Vorstöße aus der Opposition im Bundestag zur Anhebung der Regelsätze auf über 600 Euro. „Alle Expert*innen sind sich einig, unter 600 Euro reicht es auf keinen Fall. Die Bundesregierung muss endlich ihre umstrittenen Methoden der Regelbedarfsermittlung korrigieren und zu einem Verfahren finden, das sich an der Lebensrealität orientiert. Es fehlt nicht an belastbaren Zahlen und Modellen. Was es braucht, ist den politischen Willen, Armut in diesem reichen Land wirklich zu verhindern“, so Schneider.

Eigenanteil in der Pflege: Paritätischer begrüßt Spahn-Pläne als Schritt in die richtige Richtung

Als ersten Schritt in die richtige Richtung begrüßte der Paritätische Wohlfahrtsverband die Ankündigung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, die Eigenanteile in der stationären Pflege künftig zu deckeln. Durch einen Deckel werde sichergestellt, dass die Finanzierung künftiger Verbesserungen nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen geht. Aus Sicht des Verbandes müsste der Eigenanteil jedoch viel deutlicher begrenzt werden, um Pflegebedürftige wirksam vor Armut zu schützen. Perspektivisch fordert der Paritätische den Ausbau der Pflegeversicherung zu einer einheitlichen solidarischen Vollkaskoversicherung.

„Der Vorstoß des Gesundheitsministers trifft den wunden Punkt der Pflegeversicherung und weist in die absolut richtige Richtung. Pflegebedürftigkeit darf nicht länger Armutsrisiko sein, die Eigenanteile müssen gedeckelt werden. Es kann nicht sein, dass Menschen fast ihr Leben lang in die Pflegekasse einzahlen und am Ende trotzdem in der Sozialhilfe und in Armut landen“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Der Paritätische betont jedoch, dass eine Deckelung des Eigenanteils auf 700 Euro nicht reiche, zumal für die Betroffenen ja auch noch zusätzliche Kosten für Unterkunft und Verpflegung anfallen und auch noch die Investitionskosten auf die Pflegebedürftigen umgelegt werden.



Im Durchschnitt fallen insgesamt rund 2000 Euro pro Monat für die Betreuung und Pflege in einem Heim an, die von den Pflegebedürftigen selbst getragen werden müssen. Die Rente reiche meist nicht, um die eigene Pflege zu finanzieren, warnt Schneider. So liege laut Deutscher Rentenversicherung die durchschnittliche Rente für Neurentner*innen bei 918 Euro (West) bzw. 1065 Euro (Ost) und damit deutlich unter den durchschnittlich anfallenden Eigenanteilen für einen Heimplatz. Ein Drittel der Bewohner*innen in Pflegeheimen sei bereits heute auf Sozialhilfe angewiesen. Es sei offensichtlich, dass die Pflegeversicherung bei der Absicherung der Pflege bisher kläglich versage. Der Paritätische fordert daher eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung, um die Betroffenen zu entlasten. Der Verband schlägt dabei eine andere Haltelinie als Jens Spahn vor: 15 Prozent der pflegebedingten Kosten insgesamt seien das äußerste, was den Pflegebedürftigen an Eigenanteil zuzumuten sei. Perspektivisch sei die Einführung einer einheitlichen solidarischen Bürgerversicherung für alle anzustreben.

SIND DIE KINDERTAGESEINRICHTUNGEN SCHON WINTERFEST?

In vielen Kindertageseinrichtungen ist nach der Corona-Schließzeit ein gewisser Alltag eingelebt. Sind sie jedoch auf die jetzt erneut steigenden Fallzahlen in Verbindung mit der beginnenden Erkältungszeit vorbereitet? Niels Espenhorst, Referent zum Thema Kindertageseinrichtungen und Tagespflege beim Paritätischen Gesamtverband, ist skeptisch.

Der Virologe Prof. Christian Drosten kritisierte in einem Interview die Kultusminister*innen der Länder, dass sie sich monatelang nicht um einen angemessenen Corona-Schutz in Schulen gekümmert haben. Und er sagt voraus: „Wir werden Probleme kriegen mit der unbeschränkten Schulöffnung, wie sie inzwischen stattgefunden hat.“ Ähnlich dürfte die Situation in den Kindertageseinrichtungen sein. Derzeit ist zwar vielfach die Erleichterung zu spüren, dass in vielen Kitas ein gewisser Alltag herrscht, aber steigende Infektionszahlen in Verbindung mit kühlem und nassem Herbstwetter können dazu führen, dass auch dort die Herausforderungen zunehmen. Und bislang ist zu wenig passiert, um die Kindertageseinrichtungen auf den Winter vorzubereiten. Wir sollten nicht so tun, als ob in diesem Winter ein Normalbetrieb herrschen könnte. Jetzt bleiben noch wenige Wochen, um die Einrichtungen fit für den Winter zu machen. Dabei sind Bund und Länder gefragt, den Trägern die notwendige Unterstützung zu leisten.

Kooperation diverser Akteur*innen ist ein Schlüssel

Die allgemeinen Hinweise und Vorschriften der Länder müssen den individuellen Anforderungen in jeder einzelnen Kita angepasst werden. Hierzu bedarf es einer intensiven, partnerschaftlichen Begleitung und Beratung von Kindertageseinrichtungen. Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsämtern, Jugendämtern und Kindertageseinrichtungen muss gestärkt werden.

Es gibt vereinzelt positive Erfahrungen mit Kooperationen, die gegenseitiges Verständnis und Handlungssicherheit bei den Einrichtungen schaffen. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Akteuren des Gesundheitsschutzes und den Kindertageseinrichtungen ist stärker zu forcieren.

Kita-Personal im Spannungsfeld

Fachkräfte bewegen sich derzeit in einem schwierigen Spannungsfeld zwischen Selbstschutz, pädagogischen Ansprüchen und Erwartungen von Eltern. Es ist vorhersehbar, dass es zunehmend zu Spannungen und Friktionen kommt, weil sich unter Corona-Bedingungen diese Erwartungen nicht immer widerspruchsfrei vereinbaren lassen.



Schon jetzt macht es sich bemerkbar, dass es immer häufiger zu Konflikten zwischen Fachkräften und Eltern im Umgang mit vorhandenen Symptomen kommt. Diese Konflikte müssen moderiert und begleitet werden, denn sie nehmen jetzt schon zu.

Bei der Digitalisierung besteht dringender Aufholbedarf

Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass es erneut zu einer flächendeckenden Schließung von Kindertageseinrichtungen kommt, so ist doch zu erwarten, dass es häufiger zu regionalen Schließungen kommt. Die Träger müssen jetzt darin unterstützt werden, auch bei längeren Phasen der Schließung Kontakt mit den Familien aufrechtzuerhalten und die Familien, die sich in Quarantäne befinden, nicht alleine zu lassen. Doch im letzten halben Jahr hat sich die digitale Ausstattung von Kindertageseinrichtung kaum merklich verbessert. Bundes- und Landespolitik muss endlich die notwendige digitale Ausstattung fördern, damit die Kitas ihrem frühpädagogischen Auftrag auch über digitale Wege nachkommen und über den digitalen Kontakt auch Familien in einer belastenden Situation unterstützt werden können.

Das 5. Investitionsprogramm des Bundes (eine Milliarde Euro im Rahmen des Konjunkturpakets) ermöglicht zwar auch die Förderung von digitaler Infrastruktur. Aber die Vorgaben sind zu unspezifisch und die Länder haben noch keine Pläne entwickelt, um die Förderung von digitaler Ausstattung in die Wege zu leiten. Das Arbeitsfeld braucht über die Anschaffung von Hardware hinaus auch Konzeptentwicklung, Weiterqualifizierung des Personals etc.. In den Verordnungen der Länder nimmt Digitalisierung bisher nur wenig Platz ein. Die Chance droht also ungenutzt zu verstreichen.

Mit vielen offenen Fragen stehen die Fachkräfte oft alleine da

Daneben gibt es noch zahlreiche weitere Fragen, die noch nicht geklärt sind. Welche Kinder mit welchen Symptomen zu Hause bleiben müssen, wie bei kaltem Wetter für eine frische Raumluft gesorgt werden kann, wie der zu erwartende hohe Personalausfall im Winter kompensiert werden kann und viele weitere. Bislang warten die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen auf eine Antwort. Hoffentlich nicht vergeblich.

Niels Espenhorst ist Referent für Kindertageseinrichtungen beim Paritätischen Gesamtverband

DIGITALE TRANSFORMATION IN DER WOHLFAHRTSPFLEGE

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) haben in einer gemeinsamen Erklärung ihre 2017 geschlossene strategische Zusammenarbeit in Fragen der digitalen Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege erneuert. Juliane Seifert, Staatssekretärin im BMFSFJ, und Dr. Ulrich Schneider, Mitglied der BAGFW-Mitgliederversammlung (Der Paritätische Gesamtverband), kamen am 22. Oktober mit Verbändevertreter*innen und Expert*innen zu einer hybriden Veranstaltung zusammen, um die gemeinsame Erklärung „Digitale Transformation und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ zur Fortsetzung der digitalpolitischen Zusammenarbeit zu unterzeichnen.

BMFSFJ und BAGFW sind sich einig, dass die digitalen Kompetenzen, Werkzeuge und Anwendungen sowie darauf bezogene Konzepte und Programme in der Freien Wohlfahrtspflege schnellstens ausgebaut werden müssen. Ziel müsse es sein, im Sozialen den Herausforderungen und Risiken der Digitalisierung gerade für von Not und Ausgrenzung bedrohte Menschen zu begegnen. „Die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege ist in Zeiten der Pandemie wichtiger denn je. Gleichzeitig macht es die aktuelle Krise auch notwendig, die digitalen Möglichkeiten besser zu nutzen. Genau hier setzt die gemeinsame Erklärung an: Wir wollen die Chancen der Digitalisierung in der sozialen Arbeit weiter nutzen, um innovative Lösungsansätze zu entwickeln“, so Staatssekretärin Juliane Seifert. Ulrich Schneider, Mitglied der BAGFW-Mitgliederversammlung, betont: „Als Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft stehen die Wohlfahrtsverbände für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Solidarität und eine Gesellschaft, die alle mitnimmt und keinen zurücklässt. Diese Werte gilt es auch im digitalen Raum zu bewahren und mit digitalen Mitteln zu stärken. Als Katalysator und Moderatoren begleiten wir als Verbände die digitale Transformation in Strukturen und Mitgliedschaft – ein dynamischer, kreativer und innovativer Prozess, in dem sich nicht nur neue Formen der Zusammenarbeit und Kommunikati-



on entwickeln, sondern auch die Bedeutung von Wissenstransfer und Beteiligung praktisch erlebbar sind. Am Ende geht es auch bei der Digitalisierung immer um den Menschen – als Nutzer*in, aber auch als Anwender*in. Eine Aufgabe der Wohlfahrtspflege ist es auch, hier einen Beitrag zur Befähigung der Menschen zu leisten. Und damit haben wir Erfahrung.“

In Rahmen des BMFSFJ-Förderprogramms „Zukunftssicherung der Freien Wohlfahrt durch Digitalisierung“ wird u.a. das Projekt des Paritätischen Gesamtverbands #GleichImNetz zur digitalen Kommunikation gefördert. Die Zusammenarbeit zwischen dem BMFSFJ und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege ist ein zentraler Baustein in der „Digitalen Agenda für eine lebenswerte Gesellschaft“ des Ministeriums.

Mehr Infos: <https://diewohlfahrt.digital/>

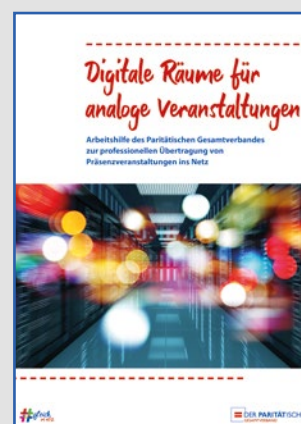
FRISCH FERTIG

NEUE ARBEITSHILFE ZUR ORGANISATION UND MODERATION DIGITALER VERANSTALTUNGEN

Allen, die in nächster Zeit vor der Herausforderung stehen, selbst größere Fachveranstaltungen, Klausurtagungen und ähnliches online organisieren zu müssen, weil eine Präsenzveranstaltung (noch) keine Option ist, möchten wir Mut machen und Tipps und Werkzeuge an die Hand geben. Digital funktioniert zwar einig anders, aber nicht unbedingt schlechter. So sorgt der Wegfall zeitaufwendiger Reisezeiten beispielsweise nicht selten für überraschend hohe Teilnehmereinzahlen. Vieles spricht zudem dafür, dass auch nach Corona digitale Veranstaltungen regelhafter Bestandteil einer neuen ergänzenden Veranstaltungspraxis bleiben, weil wir uns als Gesellschaft weiterentwickelt haben. Unser #GleichImNetz-Projektteam hat mit der Arbeitshilfe „Digitale Räume für analoge Veranstaltungen“ einen kompakten Wegbegleiter entwickelt, der hoffentlich anregt und motiviert und Be-

denken nimmt, online etwas falsch zu machen.

Ziel des Projektes #GleichImNetz ist es, Menschen, die sich in sozialen Organisationen engagieren, zu motivieren, qualifizieren und unterstützen, sich selbstbestimmt in den sozialen Medien zu vernetzen. Es geht darum, soziale Organisationen und Engagement für das Soziale online sichtbar zu machen und zu stärken.



Im „Webzeugkoffer“ finden Sie viele weitere Tipps und Handreichungen zu digitaler Kommunikation und Kooperation: www.der-paritaetische.de/webzeugkoffer

AUF DIE STRASSE!

FÜR DIE UNTERBRINGUNG DER MORIA-FLÜCHTLINGE!

“Wir dulden keine Politik, die in der Menschenwürde unterscheidet zwischen Menschen, die hier sind und Menschen auf den griechischen Inseln! Da machen wir nicht mit!”, so Ulrich Schneider bei der Demonstration am 20. September in Berlin. 11.000 Menschen allein in Berlin sind an dem Tag für die Menschenrechte auf die Straße gegangen. Angesichts der Schrecken nach dem Brand in Moria forderten die Demonstrierenden unter dem Motto „Es reicht! #WirHabenPlatz“ einen Schluss der europäischen Abschottungspolitik und eine sofortige Evakuierung aller Geflüchteten auf den griechischen Inseln. Auch der Paritätische hat die Demonstration unterstützt, bei der gezeigt wurde, dass Protest auch trotz Corona funktioniert, wenn alle Masken tragen, auf Abstand achten und Rücksicht nehmen.



FRISCH GEDRUCKT

PROJEKT „PERSPEKTIVENWECHSEL – INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER BEHINDERTENHILFE“

Oftmals fehlt die systematische Einbeziehung der Perspektive der Migrant*innen bei der Ausgestaltung der Angebote sozialer Arbeit. Genau auf diese Lücke wollte der Verband und das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen mit dem Projekt „Perspektivenwechsel: interkulturelle Öffnung der Behindertenhilfe“ aufmerksam machen.

Das Projekt nahm die Sichtweisen, die Erfahrungen und Erwartungen der „Betroffenen“, hier also Menschen mit Migrationshintergrund und Beeinträchtigungen, zum Ausgangspunkt. Davon ausgehend wurden – angereichert durch weitere Perspektiven von Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Migrant*innenorganisationen und von Expert*innen – Handlungsempfehlungen erarbeitet, die sich einerseits an die Einrichtungen und Dienste richten aber auch an die Politik, indem sie notwendige Strukturveränderungen ansprechen. Unterstützt wurden wir durch beinahe tausend Einrichtungen der Behindertenhilfe und über hundert Migrant*innenorganisationen, die sich an den Umfragen beteiligt haben.

Frau Hülya Turhan vom Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm), erstellte die Expertise zum Projekt.



Diese und weitere Publikationen finden Sie auf www.paritaet.org

PARITÄTISCHE (ONLINE-) TERMINE



2.12.2020

Online Fachtagung Flüchtlinge und Migrant*innen beraten: Die Niederlassungserlaubnis für Geflüchtete

Das Seminar bietet einen kompakten Überblick über die Voraussetzungen der Aufenthaltsverfestigung für anerkannte Schutzberechtigte. Dabei werden insbesondere die Änderungen des § 26 Abs 3 und 4 AufenthG behandelt.

Die Fortbildung richtet sich primär an Berater*innen in Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen, die bereits über entsprechende Vorkenntnisse im Aufenthaltsrecht verfügen.

Referentin:

Kirsten Eichler, GGUA Münster

Teilnahmegebühren fallen keine an.

Das Seminar wird über den Videokonferenzdienst Zoom stattfinden.

Anmeldung unter
<https://eveeno.com/285575982>

16.-17.12.2020

Fort- und Weiterbildungsangebote zu inter* und trans*-Beratung im Paritätischen

Der Paritätische Gesamtverband bietet in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk und BV Trans* bis Ende des Jahres Fort- und Weiterbildungsangebote zu inter* und trans*-Beratung im Paritätischen an. Ziel ist, mittels Online-Seminaren mit Mitarbeiter*innen aus allen Feldern der Sozialen Arbeit in Kontakt zu kommen, die bislang keine oder kaum Beratungskompetenz zu den Themen inter* und trans* aufgebaut haben und hierzu Know-how aufbauen möchten.

Teilnahme kostenlos
Anmeldung bitte bei
cinar@pb-paritaet.de

JETZT

VORMERKEN!

DIGITALE AKTIONSWOCHE 2021!

Vom 3. bis 7. Mai 2021 findet die erste verbandsweite digitale Aktionswoche statt. Die Idee: Eine Woche lang ein volles Programm virtueller Events zu den Themen digitale Kommunikation und Kooperation. Best-Practice-Beispiele, Erfahrungsberichte, Aktionsideen und Anwendungsbeispiele ausgewählter Tools – die Woche steht ganz im Zeichen des Wissenstransfers: alle Paritätischen Landesverbände und Mitgliedsorganisationen sind herzlich eingeladen, das Programm mitzugestalten. Infos in Kürze auf: www.wir-sind-paritaet.de

13.-20.01.2021

Online-Seminar: Wenn es plötzlich still ist im Nebenraum

In diesem Online-Seminar nehmen wir in kompakter Form die Phase der psychosozialen Entwicklung bei Kindern zwischen null und sechs Jahren in den Blick und befassen uns mit Grundlagen und Methoden einer altersangemessenen sexualpädagogischen Begleitung. Sie haben die Möglichkeit eigene Alltags- und Fallsituationen im kollegialen Austausch zu besprechen.

Anmeldung bitte bei
tanja.marquardt@paritaet-nrw.org

19.-23.01.2021

Sie erhalten einen Überblick über Geschichte und Hintergründe der psychosozialen Online-Beratung und lernen verschiedene Tools kennen. Außerdem gewinnen Sie Sicherheit in Beginn, Kontraktierung und Prozessgestaltung in der On-

line-Beratung und erarbeiten sich die Grundlagen für das Absolvieren des Aufbaukurs. In diesem Kurs lernen Sie das Beherrschen von Krisen und die Anforderungen der DSGVO. Zudem lernen Sie die Besonderheiten von Chat- und Videoberatung kennen und wissen diese professionell und sicher einzusetzen. Die technischen Voraussetzungen digitaler Beratungsformen sind Ihnen bekannt.

Anmeldung bitte bei
nadiye.aydin@paritaet-nrw.org

10.-12.6.2021

**Armut? Abschaffen!
Aktionenkonferenz gegen Armut**

Schon vor der Corona-Krise, die Deutschland und die Welt seit Anfang 2020 erschüttert, kletterte die Armut 2019 in Deutschland auf ein Rekordniveau. Mit der Corona-Krise hat sich der Handlungsbedarf weiter zugespitzt: Viele Menschen erlebten und erleben finanzielle Einbußen bei steigenden Ausgaben und zeitweise wegbrechenden Hilfesystemen. Gleichzeitig haben die Themen sozial-ökologische Wende sowie die Finanzierung des Sozialen an Brisanz gewonnen. Der Handlungsdruck ist größer denn je und dennoch bewegt sich für diejenigen, die am wenigsten haben, so gut wie nichts.

Mit einer Aktionenkonferenz gegen Armut wollen wir deshalb den Fokus darauf legen, wie wir gemeinsam dafür sorgen können, dass sich das ändert.

Die Konferenz wird digital stattfinden.
Weitere Informationen bald unter
www.armutskongress.de

WEITERE INFOS

www.paritaet.org

EINKAUFSVORTEILE NUTZEN

Details zu unseren **186** Rahmenvertrags-Partnern, bei denen Sie Rabatte erhalten, finden Sie nach einloggen unter www.der-paritaetische.de/intern ein im Einkaufsportale.



Die neue Ausgabe des Kataloges ist erschienen und wird automatisch an alle Mitgliedsorganisationen versendet. Zusätzliche Exemplare sind unkompliziert und kostenlos über unsere Homepage bestellbar: www.der-paritaetische.de/service/einkaufsvorteile-rahmenvertraege/katalog/

Neue Partner:

CLICKDOC wurde speziell für die Anwendung im medizinischen und sozialen Kontext entwickelt. CLICKDOC ist eine besonders benutzerfreundliche Webanwendung, die Videokonferenzen, auch mit mehreren Teilnehmer*innen, ermöglicht.

Indeed ist die größte Jobseite der Welt. Lassen Sie sich persönlich beraten bei Ihrer digitalen Personalsuche. Mitgliedsorganisationen zahlen 550 € (statt 720 €) für eine Laufzeit von 60 Tagen.

Bike Mobility Services bietet Dienstleistungen und Services rund um das Thema Mobilität mit dem Fahrrad / E-Bike an. Mit der Leasingmarke LEASE A BIKE und dem Mietkonzept eBike4business werden faire, nachhaltige und zukunftsgerichtete Mobilitätslösungen angeboten.

Trinkwasserhygiene für Ihre Einrichtung: **ACTAQUA** steht mit seinen Produkten für die Digitalisierung haustechnischer Anlagen. PAUL, der digitale Hausmeister, sorgt für gesundheitlich unbedenkliches Trinkwasser.

Join ist Ihr Ansprechpartner für die unternehmensinterne und

-übergreifende Kommunikation. Als Microsoft Gold-Partner stellt Join folgende Softwarelösungen bereit: Organisationsmanagement mit socialQuam, Multiprojektmanagement mit Cpm, Neuarbeiten mit SharePoint Online und Office 365.

Die **Satiata GmbH** mit Sitz in Kassel beliefert Sie zuverlässig und zeitnah mit Hygiene-, Medizin- und Schutzprodukten zu exklusiven Sonderkonditionen.

MIVO - mitarbeitervorteile.de Als Mitarbeitender haben Sie die Möglichkeit, das Vorteilsportal paritaet.mitarbeitervorteile.de zu nutzen und bei über 500 Partnerunternehmen bis zu 60 Prozent zu sparen.

News:

Fujitsu bedankt sich bei allen Menschen, die sich in den vergangenen Monaten für unser Gemeinwohl eingesetzt haben und möchte seine Wertschätzung zeigen: Alle Mitglieder sowie Mitarbeiter des Paritätischen erhalten zusätzlich zu unseren Sonderkonditionen 50 € Bonus auf jeden gekauften PC.

Durch einen Coupon Code, den Sie in unserem Einkaufsportale finden, können Sie ab sofort TeamViewer direkt im Online Shop bestellen. Die Software ermöglicht Fernwartung sowie Online Meetings. Sie erhalten 60 % Rabatt auf die Lizenzen.

In unserer geschlossenen Facebook-Gruppe **„Parität exklusiv – Rahmenverträge“** geben wir Tipps rund um die Themen unserer Partner, informieren über Vorteile für Mitarbeitende, machen Gewinnspiele und vieles mehr. Zudem soll uns die Gruppe als Austauschplattform dienen.

Sie finden uns auch auf Instagram: [instagram.com/pari_spar](https://www.instagram.com/pari_spar)

Für Rückfragen stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth unter einkauf@paritaet.org gerne zur Verfügung.

IMPRESSUM



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

Facebook: www.facebook.com/paritaet/

Twitter: @Paritaet

Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)

E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung),

Tel.: 030/24636-305

Philipp Meinert,

Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski,

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,

Tel.: 069/95526220

Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.



Anschrift von Herausgeber, Redaktion,

und Vertrieb:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:

MD Medien Dienste GmbH

Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck:

Henrich Druck + Medien GmbH,

Schwanheimer Straße 110,

60528 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Vereinigung der Waldorfkindergärten • Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren • **GDA Gesellschaft für Dienste im Alter** • **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen** • **Deutscher Guttempler Orden** • **Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze** • **Bundesverband Niere** • **KfH-Stiftung Präventivmedizin** • **Bundesverband Rettungshunde** • **Deutscher Rollstuhl-Sportverband** • **PFAD – Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien** • **Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen** • **Deutsches Jugendherbergswerk Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen** • **Arbeiter-Samariter-Bund** • **KfH Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation** • **Björn Steiger Stiftung** • **Bundesverband Verwaiste Eltern und trauernde Geschwister in Deutschland** • **ado Arbeitskreis der Opferhilfen** • **Frauenselbsthilfe Krebs** • **Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke** • **Stiftung Deutsche Krebs-hilfe** • **Deutsche Kuratorium für Therapeutisches Reiten** • **Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew** • **Medibus Mediengemeinschaft für blinde und sehbehinderte Menschen** • **Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen** • **Advent-Wohlfahrtswerk** • **Bundesverband Deutscher Stiftungen** • **Bundesverband gehörloser Kinder** • **Deutsche Diabetes Föderation** • **DAA Deutsche Angestellten-Akademie** • **Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e. V. ABiD** • **Tafel Deutschland** • **Sozialwerk der Bundesverkehrsverwaltung** • **Bundesverband für die Rehabilitation der Aphasiker** • **Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung** • **Deutscher Diabetiker Bund** • **PRO FAMILIA** • **Bundesverband für Kindertagespflege** • **Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie** • **Peter-Fuld-Stiftung** • **ABiD-Institut Behinderung & Partizipation** • **Pro Retina Deutschland** • **Netzwerk der Gehörlosen-Stadtverbände** • **Gemeinnützige Gesellschaft für Bildung und berufliche Integration** • **Deutscher Gehörlosen-Bund** • **Deutsches Studentenwerk** • **Bundesvereinigung Selbsthilfe im anthroposophischen Sozialwesen** • **Sozialverband VdK** • **Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung** • **Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** • **Deutsche AIDS-Hilfe** • **Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien** • **Verband Deutscher Schullandheime** • **Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf** • **Deutsche Huntington-Hilfe** • **Deutscher Wohlfahrtsverband für Gehör- und Sprachgeschädigte** • **Deutscher Verein für Gesundheitspflege** • **Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen** • **Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine** • **Sozialwerk der Bundesfinanzverwaltung** • **Berufsverband der Fachkräfte zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen** • **Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung** • **Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes** • **Deutsche Knochenmarkspenderdatei Stiftung** • **Deutsche Zöliakie-Gesellschaft** • **Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie** • **Deutsche Musiktherapeutische Gesellschaft** • **Bundesverband Skoliose-Selbsthilfe** • **Paritätisches Bildungswerk Bundesverband** • **Bundesverband der Kehlkopfoperierten** • **Deutsche Knochenmarkspenderdatei Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde** • **Dachverband Gemeindepsychiatrie**

UNSERE
ÜBERREGIONALEN
MITGLIEDER

Leben Spenden • **Deutsche Knochenmarkspenderdatei Stem Cell Bank** • **BAG UB - Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung** • **Queere Bildung** • **Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie** • **Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren** • **Deutsche Krebsgesellschaft** • **Deutsche Leukämie- & Lymphom-Hilfe** • **Verband für interkulturelle Arbeit** • **Sozialwerk der Inneren Verwaltung des Bundes** • **Deutsche Rheuma-Liga - Bundesverband** • **Volkssolidarität** • **BDH - Bundesverband Rehabilitation** • **Sozialwerk des Auswärtigen Amtes** • **Lesben- und Schwulenverband in Deutschland** • **Verband der Sozialwerke der Christengemeinschaft** • **Verband alleinerziehender Mütter und Väter** • **Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk** • **Freimaurerisches Hilfswerk** • **Stiftung Deutsche Leukämie- & Lymphom-Hilfe** • **Bundesverband Impfschaden** • **Deutsche ILCO** • **Agnes-Karll-Gesellschaft für Gesundheitsbildung und Pflegeforschung** • **Deutscher Schwerhörigenbund** • **ADRA - Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe** • **Verband für sozial-kulturelle Arbeit** • **Albert-Schweitzer-Verband der Familienwerke und Kinderdörfer** • **Deutsche Epilepsievereinigung FRÖBEL** • **Paritätische Akademie Berlin** • **Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft** • **Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus** • **Deutsche Morbus Crohn/Colitis Ulcerosa Vereinigung** • **ZNS Hannelore Kohl Stiftung für Verletzte mit Schäden des Zentralen Nervensystems** • **Kneipp-Bund** • **Deutsche Stiftung Organtransplantation** • **Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter** • **Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur** • **Der Kinderschutzbund e. V. Bundesverband** • **Bund der Freien Waldorfschulen** • **Verband binationaler Familien und Partnerschaften** • **HILFSWERK der Unitarier** • **LERNEN FÖRDERN Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen** • **Dachverband Lesben und Alter** • **NIKODEMUS-WERK** • **Arbeitskreis der Pankreatektomierten** • **Bundesvereinigung Stottern und Selbsthilfe** • **autismus Deutschland** • **Bundesverband der Elternkreise suchtgefährdeter und suchtkranker Söhne und Töchter** • **Internationale Jugendgemeinschaftsdienste Bundesverein** • **Deutscher Psoriasis Bund** • **Deutsche Tinnitus-Liga** • **SOS Kinderdorf** • **Frauenhauskoordinierung** • **Bundesverband Trans*** • **Johannisches Sozialwerk** • **medico international** • **Deutsches Sozialwerk** • **Bundeverband Contergangeschädigter** • **Deutsches Kinderhilfswerk** • **Eurosozial Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen** • **Deutsche Knochenmarkspenderdatei LIFE** • **Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners** • **Fachverband Drogen- und Suchthilfe** • **Deutsche Hämophilie-Gesellschaft zur Bekämpfung der Blutungskrankheiten** • **Bildungsakademie des Bundesverbandes Deutsche Tafel** • **ASBH Selbsthilfe** • **Mukoviszidose e.V. Bundesverband Selbsthilfe bei Cystischer Fibrose** • **Bundeswehr-Sozialwerk** • **Deutsche Diabetes-Hilfe - Menschen mit Diabetes** • **Bund diabetischer Kinder und Jugendlicher** • **WEISSER RING** • **GwG Gesellschaft für Personenzentrierte Psychotherapie und Beratung**